Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

193 (15.7.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in uns. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 32.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 35.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 35.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 35.— monatlich. Einzelverkauf Werktags 1.50 Sonntags 2.— Mk.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— M.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Baer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 193. — Samstag, den 15. Juli 1922 — Erstes Blatt.

Vor einer ernsten Reichskrisis?

Man schreibt uns von politisch wohlinformierter Seite aus Bayern:

Frei von jeder journalistischen Sensationshascherei muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß durch das Ausnahmegesetz und seine Behandlung eine sehr ernste Krisis heraufzieht, die schwerste Spannung, die wohl seit 1918 zwischen Berlin und München bestanden hat. Man tut gut in Nord und Süd, dieser Tatsache ehrlich ins Gesicht zu schauen. Reichskanzler Dr. Wirth hat in seiner jüngsten Reichstagsrede darauf hingewiesen, daß die Rettung Deutschlands nur das Werk aller Volksschichten und aller Länder sein könne. Er bezeichnete es auch als das größte Glück, wenn eine Verständigung mit Bayern möglich wäre. Um so bedauerlicher ist aber, daß der Reichskanzler selbst in seiner Rede vom 11. diese politische Linie einer vernünftigen Verständigung nicht gefunden hat, sondern sich zu Worten hinreißen ließ, die in Bayern kein gutes Echo gefunden haben. Der Reichskanzler scheint hier seine Nerven verloren zu haben; aber auch in München ist man nervös und überreizt. Immer und immer wieder wird eine Pressehetze gegen Bayern losgelassen, werden die tollsten Gerüchte über Bayern verbreitet, wo schon dutzende Male angeblich die Monarchie proklamiert werden sollte, wo alle fünf Minuten ein Rechtsputsch losgeht. Es vergeht kein Tag, wo nicht telephonisch, brieflich an den entsprechenden Stellen angefragt wird, ob nicht tatsächlich dies oder jenes dieser Art geschehen sei.

Man muß sich überall klar machen, daß ein Großteil, wohl der überwiegende Teil Bayerns, durchaus monarchistisch gesinnt ist, und an dem parlamentarischen System keinen Gefallen findet. Aber deswegen weiß man doch ebenso gut, daß gegenwärtig ohne Preisgabe des Reichs keine andere staatliche Lebensform denkbar ist, als die der Republik. Man weiß auch ganz gut, daß die staatlichen Machtmittel fehlen, um heute eine Monarchie zu schaffen und noch mehr sie zu erhalten. Aber ebenso wünscht man den gleichen politischen Wirklichkeitssinn im Norden, von dem man erwartet, daß er bei allen Maßnahmen auch damit rechnet, daß eben Bayern staatspolitisch und innerpolitisch doch anders geartet ist und daß man auch mit diesem Machtfaktor ebenso rechnet, wie mit sonstigen Tatsachen des norddeutschen Staats- und Wirtschaftslebens.

Man nahm hier in gemäßigten politischen Kreisen an, daß der ursprüngliche Entwurf des Ausnahmegesetzes in der ersten Erregung geschaffen wurde, daß die erregte See ihr Opfer forderte und fand die erste scharfe Stellungnahme der Regierung Bayerns übereilt. Auf gütigem Verhandlungswege hätte ohne großes Aufsehen in der Stille manche Retusche vorgenommen werden können und so etwas Brauchbares aus dem Gesetz entstehen können. Die bisherigen Abänderungsverhandlungen aber mußten die Position derer stärken, die von vornherein, komme was kommen mag, schärfsten Abwehrkampf gegen diese Ausnahmegesetzgebung forderten. Die größten Bedenken bringt man natürlich dem beabsichtigten Staatsgerichtshof entgegen, dem nach dem Prinzip der Zusammensetzung hier nicht das Vertrauen zu einer objektiv urteilenden Instanz entgegengebracht wird, die gerade diese Institution mit so ungeheurer Vollmacht und Bedeutung besitzen müßte. Man sieht auch in der ganzen Art der Schutzmaßnahmen zugunsten der Republik eine gefährliche Fortsetzung der bisherigen Politik, die darauf ausgehe, eine Machtposition nach der anderen an links auszuliefern. Man weist in diesem Zusammenhang besonders auf den Posten des Reichswehrministers hin. In bayrischen politischen Kreisen sieht man diese Linksentwicklung mit großer vaterländischer Besorgnis, da man zugleich an die Tatsache erinnert, daß es der gemäßigten Sozialdemokratie noch nirgends gelungen ist ihre einmal gewonnene Stellung gegen weiter links auf die Daur zu verteidigen sondern daß sie diese früh oder spät an den Linksradikalismus abgeben mußten.

Diese Betrachtungsweise wird nun leider gerade durch die jüngste Reichskanzlerrede gestärkt. Dr. Wirth umschrieb den Gegensatz zu Bayern dahin: „Kann überhaupt in Deutschland oder in Bayern auf die Dauer gegen eine Klasse der Bevölkerung regiert werden oder muß diese Klasse zur politischen Verantwortung herangezogen werden?" Hierin erblickt man nicht nur eine bedenkliche Linkstendenz, sondern auch eine Einmischung in die ureigensten Landesangelegenheiten. Wohl hat das benachbarte Württemberg seine Regierung vielleicht auf Berliner Wink umgruppiert, aber Bayern lehnt es ab, sich Vorschriften machen zu lassen. Wenn man von der „witzigen" Bemerkung absieht, daß eine Forderung auf Polizeistundenschluß der Wirtschaften um 9 Uhr in Bayern verhängnisvoller wäre, als die Gesetzesvorlage, eine Bemerkung, die wohl von wenigen in Bayern so humorvoll aufgenommen wird, so enthält die Kanzlerrede noch einen zweiten Angriff gegen Bayern, der die Gemüter erregt auffahren läßt. Dr. Wirth wirft Bayern vor, daß das bayrische Volk immer vor die Frage gestellt werde, ob es zum Reich halten wolle; man dürfe sich nun nicht wundern, wenn eine ähnliche Gegenfrage gestellt würde.

In Bayern sieht man die Dinge aber wesentlich anders. Nicht gegen das Reich ist ein großer Teil der bayrischen Bevölkerung gestimmt, sondern gegen eine gewisse Politik, die in Berlin geführt wird, die sowohl einerseits die Machtpositionen mehr und mehr nach links abgebe als auch andererseits mehr und mehr zentralisiere und die Länder zu Provinzen herabdrücke, so daß dann letzten Endes indirekt die Linksherrschaft sich auf alle Länder erstrecke. Das Vertrauen zu Dr. Wirth ist bekanntlich in der größten Partei Bayerns, der Bayrischen Volkspartei, nicht groß.

Die große Frage ist nun: Wie werden die Dinge weitergehen? Was die Reichsregierung betrifft, so scheint sie nach hiesigen Informationen unbedingt auf die Durchsetzung ihres Willens bezüglich des Inhalts der Ausnahmegesetze zu bestehen. Ebenso sicher aber scheint es, daß Bayerns Regierung fest bleiben wird. Der Konflikt ist damit gegeben, aber die Lösung des Konfliktes ist ein schweres Problem. Man frägt sich in hiesigen politischen Kreisen, ob sich Dr. Wirth auch klar ist über die äußersten und letzten Konsequenzen seiner Ausnahmepolitik? Was wird die Reichsregierung tun, wenn Bayern solchen Gesetzen, die sie als verfassungswidrig erachtet, die Durchführung verweigert? An eine Reichsexekutive wird man wohl ernstlich kaum denken. Vielleicht an den Staatsgerichtshof? Man überlege ob dies wirklich eine Lösung oder nur eine Hinausziehung der Entscheidung wäre und wird wohl letzterem zustimmen müssen. Es bleiben dann wohl innerpolitische Druckmittel!

Die Linke wird sicherlich mit dem Generalstreik operieren. Aber man bedenke, daß die Landbevölkerung zum weit, weit überwiegenden Teil rechts orientiert, sogar monarchistisch gesinnt ist so daß sie Räteluft wittert, und außerdem leicht gegen Berlin erregt, kaum ihre Gegenmaßregeln unterlassen würde. Mit dickköpfigen bayerischen Bauern ist da nicht zu spaßen! Wenn auch nicht gleich Blut fließen muß, so fließt vielleicht zur Abwechslung keine Milch mehr nach den Städten, Eier, Kartoffeln usw. bleiben im Lande. Das sind Möglichkeiten, die ernst zu nehmen sind. Das Ende könnte freilich sein, daß der Linksradikalismus losschlägt. Es frägt sich nur, was damit gewonnen wäre und ob er überhaupt gewinnen würde. Schließlich blieben noch wirtschaftliche Druckmittel von außen. Blockade Bayerns! Man könnte Bayern wohl die Kohle sperren. Tatsächlich liegt hier der wundeste Punkt für Bayern, aber auch der — gefährlichste für das ganze Reich. Denn dann muß entweder in Bayern tatsächlich der Bolschewismus ausbrechen, oder Bayern wird sich gezwungen sehen, zur Selbsterhaltung seine Kohlen zu nehmen, woher und wie es sie auch bekommt.

Das sind gefährliche, kühne Gedankengänge. Aber man tut gut, sie konsequent durchzudenken und dann frage man sich, ob all diese bitteren Möglichkeiten heraufbeschworen werden sollen wegen verweigerter Abänderungen an einem harten Ausnahmegesetz? Will man aber allseits diese schrecklichen Folgerungen nicht, dann versperre man sich nicht den Rückweg!

Vor dem Eingreifen Eberts.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Reichspräsident Ebert hat sich durch die Berichte des Reichskanzlers bestimmen lassen, heute nach Berlin zu kommen. In allen parlamentarischen Kreisen hofft man, daß es den Bemühungen des Reichskanzlers gelingen wird, die Krise zu überwinden. Im Reichstage war man gestern hinsichtlich der Lösung der Krise unverkennbar optimistisch gestimmt. In den sozialistischen Fraktionen gründet sich dieser Optimismus auf den Glauben, daß die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien sich doch noch bestimmen lassen, ihren bisherigen Widerstand gegen eine einseitige Erweiterung der Koalition nach links aufzugeben und sich mit der Aufnahme der Unabhängigen einverstanden erklären werden. In Kreisen der Unabhängigen gibt man der Ansicht Ausdruck, daß nach den Besprechungen, die mit Vertretern des Zentrums und der Demokraten stattfanden, wohl ein Kompromiß zustande kommen könnte.

In den bürgerlichen Parteien dagegen werden diese Hoffnungen der Unabhängigen nicht bestätigt. Im bürgerlichen Lager wird betont, daß die Demokraten und das Zentrum nach wie vor auf ihrem Standpunkt bestehen und nicht daran denken, in eine einseitige Erweiterung der Koalition einzuwilligen. Im allgemeinen vertieft sich immer mehr der Eindruck, daß der Kampf, der um die Erweiterung der Koalitionsgrundlage entstand, immer mehr zu einem Kampfe der bürgerlichen Parteien einerseits und der sozialistischen Parteien andererseits geworden ist. Die sozialistischen Parteien, die das Wort von der Reichstagsauflösung in die Debatte geworfen haben, setzen diese Drohung fort.

Die Besprechung, die der Reichskanzler im Anschluß an die Sitzung des interfraktionellen Ausschusses mit den unabhängigen Abgeordneten Dr. Breitscheid und Dr. Hilferding hatte, scheint gewisse Ergebnisse gezeitigt zu haben, indem man nämlich in parlamentarischen Kreisen die Auffassung vertritt, daß eine Auflösung des Reichstages, nachdem der Aeltesten-Ausschuß den Schluß der Tagung für Dienstag angeordnet hat, nicht mehr in Betracht komme. Man glaubt Grund zu der Annahme zu haben, der Reichskanzler werde die Lösung der Krise in der Richtung suchen, daß er sozusagen außerparlamentarisch und ohne Zusammenhang mit den Fraktionen die sozialistischen Wünsche nach einer Regierungserweiterung nach links zu erfüllen trachten wird. Man meint, er werde Herrn Dr. Breitscheid das Wiederaufbauministerium antragen. Dafür soll dann das auswärtige Ressort dem deutschen Vertreter in Washington, Dr. Wiedtfeld gewissermaßen als Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei angeboten werden.

Herr Dr. Wiedtfeld ist denn auch bereits vor einigen Tagen vom Kanzler nach Berlin berufen worden. Sollte Dr. Wiedtfeld keine Neigung haben, seinen Washingtoner Posten mit dem Auswärtigen Amte zu vertauschen, so will man es ihm überlassen, einen Ersatzmann vorzuschlagen, der gleichfalls der Deutschen Volkspartei nahesteht Am ehesten käme dann der bekannte Wirtschaftspolitiker Dr. von Raumer in Betracht.

Inzwischen lassen jedoch die freien Gewerkschaften nicht locker. Ihre Führer sind, wie wir hören, gestern abend im Reichstag abermals an die beiden sozialistischen Fraktionen mit der Wiederholung ihrer entschiedenen Forderung auf entschiedene Linksorientierung des Kurses herangetreten. Sie wollen offenbar das Eisen schmieden, so lange es heiß ist.

Abreise des Reichspräsidenten nach Berlin.

Freudenstadt, 14. Juli. (Drahtber.) Laut „Grenzer" zwingt die politische Lage den Reichspräsidenten, seinen Erholungsaufenthalt hier vorzeitig abzubrechen. Die Abreise nach Berlin erfolgt heute abend 6 Uhr.

*

Bayern vor schweren Entscheidungen.

b. **München**, 14. Juli. (Eig. Drahtber.) Daß in Bayern die politischen Parteien wie die Regierung vor schweren Entscheidungen stehen, geht daraus hervor, daß die Parteien die höchste Parteiinstanz, nämlich die allgemeine Vorstandschaft, zu einer Sitzung über die politische Lage einberufen haben. Im bayerischen Landtag verlautet, daß die Koalition wie die Regierung dem Schutzgesetz gegenüber auf ihrem „Unannehmbar für Bayern" bestehen bleibe.

Die englische Industrie zu Deutschlands Finanzlage.

London, 14. Juli. (Drahtb.) Ein Ausschuß des Verbandes britischer Industrieller hat gestern dem Premierminister eine Entschließung zugestellt, in der gefordert wird, Großbritannien soll keinerlei Verpflichtung hinsichtlich der Gewährung eines Finanzbeistandes an Deutschland eingehen, bevor der Industrie Gelegenheit gegeben worden sei, ihre Auffassung auszusprechen. In einer anderen Meldung heißt es, an der Wollbörse in Bradford sei gestern der Sturz der Mark lebhaft besprochen worden und der Hoffnung Ausdruck gegeben worden, daß die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands in vernünftiger Weise geregelt werden. Es sei darauf hingewiesen worden, daß die deutschen Wollspinnereien bei der Bezahlung ihrer Rechnungen sehr pünktlich seien und daß eine Verschlechterung der deutschen Mark auf die britische Wollindustrie eine verhängnisvolle Wirkung ausüben würde.

Von Vertretern der englischen Fabrikanten-Union wurde Lloyd George über die deutsche Finanzlage befragt. Der englische Ministerpräsident erklärte, er sei durchaus der Meinung, daß es wünschenswert wäre, die Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages von Versailles durchzusetzen, aber nur unter der Voraussetzung, daß man sich nicht selbst mehr schadet als Deutschland. Die Lage des deutschen Außenhandels sei nicht so rosig, wie dies manche Leute anzunehmen schienen.

Auf eine Anfrage im Parlament antwortete Lloyd George, es scheine ihm absolut notwendig, daß Deutschland ein solcher Zahlungsaufschub gewährt werde, damit es in die Lage komme, seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und dadurch die Möglichkeit erlange, soweit als möglich angemessene Reparationszahlungen zu leisten.

Ein Rettungsplan für Oesterreich

Paris, 14. Juli. (Drahtber.) „Neuyork Herald" veröffentlicht ein Interview mit dem ehemaligen amerikanischen Botschafter in Konstantinopel, Morgentau, der sich in Oesterreich aufgehalten hat und zur Zeit in Paris weilt. Morgentau beabsichtigt, eine internationale Gruppe mit einem Kapital von 50 bis 60 Millionen Dollars für die Wiederherstellung der österreichischen Industrie zu schaffen und will damit auch für andere Nationen ein beherzigendes Beispiel geben. Ein Jahr nach Bildung der Gruppe werde Oesterreich zu einer beträchtlichen Handelstätigkeit imstande sein; man werde dann sehen, wie falsch es ist, heute zu erklären, daß Oesterreich endgültig verloren sei. In 6 Monaten werde die österreichische Staatsbahn, die gegenwärtig für den Staat eine so schwere Last darstelle, Einnahmen bringen. Es genüge, diejenigen energischen Maßnahmen zu treffen, die die Regierung selbst aus Furcht vor Aufständen zu ergreifen nicht imstande war. Es gebe heute in Oesterreich weniger Arbeitslosigkeit als in den Vereinigten Staaten. Zur Mitarbeit an der Rettung Oesterreichs soll die englische, französische und italienische Finanz herangezogen werden. Vorsitzende der Gruppen sollen Amerikaner sein.

Ein Attentat auf den französischen Präsidenten.

Paris, 14. Juli. (Drahtber.) Nach einer Havas-Meldung wurde heute vormittag 11½ Uhr an der Ecke der Champs Elysées und Avenue Marigny auf den Präsidenten Millerand, als dieser von der Parade zurückkehrte, ein Attentat verübt. Der Angreifer feuerte drei Revolverschüsse auf den vermeintlichen Wagen Millerands ab, in dem sich jedoch nicht Millerand befand, sondern der Polizeipräsident, während Millerand im nächsten Wagen folgte. Die Menge stürzte sich auf den Angreifer, der arg zugerichtet wurde, wandte sich dann an den Wagen des Präsidenten Millerand zu und rief: „Fahren Sie weiter. Man hat geschossen!" Millerand, der das Attentat nicht bemerkt hatte, gab Anweisung, den Weg fortzusetzen. Nachdem er bei seiner Ankunft im Elysée von dem Anschlag in Kenntnis gesetzt worden war, wurde er vom Polizeipräsidenten beglückwünscht. Der Angreifer ist ein gewisser Bauvet. Er ist 20 Jahre alt, Zeichner in einer Automobilfabrik und gehört der kommunistischen Partei an. Er ist mehrfach vorbestraft und erklärte bei seiner Vernehmung, er habe geschossen, um die Aufmerksamkeit auf die Lage des Proletariats zu lenken.

Deutscher Reichstag

(251. Sitzung.)

t. **Berlin**, 14. Juli. Die Sitzung wird nachmittags 3.20 Uhr eröffnet.

Am Regierungstisch Reichsjustizminister Dr. Radbruch und Reichswirtschaftsminister Schmidt.

Zur Beratung steht ein Gesetzentwurf über den Ausschluß eines Teils des Kieler Hafens aus dem Zollgebiet. Die Stadt Kiel will den Hafen zum Großhandelshafen und Uebergangs- und Endpunkt der Ostsee-Schiffahrt ausbauen. Dazu bedarf die Stadt eines Zollausschlußgebietes für den Umschlag und die Stapelung ausländischer Güter ohne zollamtliche Abfertigung.

Nach der Aussprache, in der die Abgg. **Oberfohren** (DN), **Eggerstedt** (Soz.), **Dr. Gildemeister** (DV), **Koch** (Dem.) und **Korthaus** (Ztr.) für die Vorlage eintraten und Reichswirtschaftsminister **Schmidt** darauf hinwies, daß die Reichsregierung bemüht gewesen sei, die Angelegenheit zu fördern, wird die Vorlage verabschiedet.

Zur Beratung steht weiter die 2. Lesung eines Einspruchs des Reichswirtschaftsrats gegen einen Reichstagsbeschluß über das Gesetz über

Teuerungsmaßnahmen für die Militärrentner.

Dem Reichsrat schien die Erhöhung der Einkommensgrenze auf den dreifachen Betrag der Erwerbslosenunterstützung zu hoch. Der Reichstag schloß sich der Auffassung des Berichterstatters des Abg. **Streiter** (DV), an. Er erklärte, daß die Berechnung nach der Erwerbslosenunterstützung beseitigt worden wäre.

Ein Antrag Müller-Franken (Soz.), Marx (Ztr.) und Dr. Petersen (Dem.), den 11. August, an dem die Weimarer Verfassung verabschiedet wurde, als

staatlichen Feiertag

anzuerkennen, geht an den Rechtsausschuß. Der Gesetzentwurf über die Maßnahmen gegen die

wirtschaftliche Notlage der Presse

wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des

Entwurfes eines Disziplinargesetzes für die Wehrmacht.

Abg. **Hünlich** (Soz.) fordert Ausschußberatung. Ein Vertreter des Reichswehrministe-

riums erklärt, daß die Wünsche der Heereskammer bei der Bearbeitung der Vorlage weitgehend berücksichtigt worden sind.

Abg. **v. Gallwitz** (D.N.) begrüßt die Einrichtung der Wehrberufskammern als einen Fortschritt.

Die Vorlage wird dem Ausschuß für Militärgerichtsbarkeit überwiesen.

Zur Beratung steht dann die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen

Preistreiberei, Schleichhandel, verbotener Einfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handels.

Bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung gegen diese Strafvorschriften wird, wenn auf mindestens dreimonatige Freiheitsstrafe oder auf mindestens 50 000 ℳ Geldstrafe erkannt wird, das Urteil öffentlich bekannt gemacht, und auch im Geschäftsraum des Täters angeschlagen.

Ein Kompromißantrag Marx (Ztr.), Dr. Becker-Hessen (D.V.) und Dr. Petersen (Dem.) fordert, daß der Preis dann keinen übermäßigen Gewinn darstellen soll, wenn er der Marktlage entspricht und wenn amtlich festgesetzte Marktpreise eingehalten werden, sofern nicht durch Schwierigkeiten in der Warenbeschaffung oder unlautere Machenschaften eine Notmarktlage geschaffen ist. Als Grundlage für eine zulässige Preisbildung soll der Wiederbeschaffungspreis nebst Geschäftsunkosten dann dienen, wenn die Bildung eines Marktpreises ausgeschlossen ist.

Reichsjustizminister **Dr. Radbruch** bittet, den Kompromißantrag abzulehnen und die Ausschußfassung aufrecht zu erhalten. Die Annahme des Ausschußantrages werde die Wiederaufnahme von Verfahren erleichtern. Jede scheinbare Milderung der Wucherbestimmungen in dieser Zeit der ungeheuren Preissteigerung wirke gefährlich.

Abg. **Hammer** (D.N.) fordert Nachprüfung der Warenpreise entsprechend der fortschreitenden Geldentwertung.

Abg. **Sivkovich** (Dem.) erklärt, daß die bestehenden Wucherbestimmungen für die deutsche Wirtschaft nicht tragbar seien.

Abg. **Krätzig** (Soz.) hält die Wuchergesetzgebung für zu milde.

Abg. **Cuno** (D.V.) tritt für den Kompromißantrag ein. Die Wuchergerichte seien manchmal zu Entscheidungen gelangt, daß einem die Haare zu Berge stehen. Durch Zwangsbestimmungen könne man die Teuerung nicht aufhalten.

Abg. **Korthaus** (Ztr.) will den Sondergerichten allein nicht den Vorwurf machen, daß die Wuchergesetzgebung bisher ihren Zweck verfehlt habe. Die Schwierigkeit liege in der Sache begründet. Die Außenhandelsstellen brachten mehr Schaden als Nutzen.

Abg. **Unterleitner** (US.) fordert Ausbau und Verschärfung der bestehenden Gesetzgebung.

Abg. **Hertzfeld** (Kom.) fordert die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft. Dann werde es keinen Wucher mehr geben.

Reichswirtschaftsminister **Schmidt** warnt dringend vor der Annahme des Kompromißantrages. Seine Annahme würde eine Steigerung der Preise um 100 Prozent zur Folge haben. Er verlangt Berücksichtigung der Verbraucherinteressen.

Der Gesetzentwurf wird darauf in 2. Lesung angenommen. Die Abstimmung über die Entschließung und den Kompromißantrag wird bei der 3. Lesung erfolgen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Samstag nachmittag 2 Uhr.

Tagesordnung: Reichskriminalgesetz, Beamtenpflichtgesetz.

Schluß der Sitzung ½8 Uhr.

Die Antwort der Reparationskommission.

Enscheidung über ein Moratorium vor dem 15. August. — 32 Millionen am 15. Juli fällig.

Paris, 14. Juli. Die Reparationskommission hat der Kriegslastenkommission auf ihre Note vom 12. Juli folgende Antwortnote übersandt:

Die Reparationskommission bestätigt der Kriegslastenkommission den Empfang ihrer Note vom 12. Juli und behält sich vor, sie mit der ganzen Sorgfalt zu prüfen, die die Schwere der darin behandelten Lage erfordert. Sie ist jedoch überzeugt, daß die auf Grund der Reparationen ausgeführten Zahlungen nur eine und nicht die wichtigste der Ursachen der gegenwärtigen Markentwertung darstellen, daß sich eine beständige Lage endgültig nur durch sofortige Inkraftsetzung der Finanzreformen wiederherstellen ließe, die die Reparationskommission seit langem gefordert hat. Bevor ihr nicht der Bericht des Garantieausschusses über die Anwendung dieser Maßnahmen zugestellt ist, wird die Kommission keine Entscheidung treffen können. In Anbetracht der besonderen Dringlichkeit des Problems hofft sie, diese Entscheidung vor dem 15. August 1922 treffen und der deutschen Regierung mitteilen zu können. Was die zum 15. Juli fällige Zahlung angeht, so ist die Kriegslastenkommission in dem Schreiben vom 11. Juli (Nr. 13/348) benachrichtigt worden, daß der Umfang dieser Zahlung infolge gewisser darin aufzurechnender Kredite auf 32 107 397.70 Goldmark vermindert worden ist. Dieser Betrag, den die deutsche Regierung, wie sie erklärt, zur Verfügung der Kommission hält, muß am 15. Juli ausgezahlt werden.

(gez.) Dubois. John Bradbury.

Zur Zahlung am 15. Juli hat die deutsche Regierung in ihrer Note vom 12. Juli bekanntlich folgendes erklärt:

„Was den am 15. Juli fälligen Betrag angeht, so vermindert sich dieser um mindestens 17 Millionen Goldmark, welche Deutschland im Hinblick auf frühere Leistungen anzurechnen sind. Den Restbetrag von etwa 33 Millionen hat die deutsche Regierung zwar zur Verfügung, weil sie in den vergangenen Monaten gewisse Ankäufe von Devisen hat bewirken können und weil im Monat Juli nach dem Stand der Abrechnung eine Zahlung für das Ausgleichsverfahren nicht zu bewirken ist. Der genannte Betrag würde der deutschen Regierung aber fehlen und sie müßte ihn sich zu den heutigen Kursen erneut beschaffen, sobald sie die in den nächsten Monaten eintreffenden ausländischen Getreidemengen zu bezahlen hat. Die deutsche Regierung muß auf diese Lage um so mehr hinweisen, als sie in den letzten Wochen zusammen mit der Reichsbank bedeutende Mittel verwendet hat, um den Sturz der Mark aufzuhalten. Unter diesen Umständen empfiehlt die deutsche Regierung, ihr den erwähnten Betrag zu erlassen."

Die Reparationskommission hat die Wünsche der deutschen Regierung nicht berücksichtigt.

Französische Willkürjustiz.

Aus dem Rheinlande erhalten wir wieder einige typische Beispiele für das Wirken der französischen Justizbehörden. Die beiden nachstehenden Fälle zeigen, daß Ungerechtigkeit noch der geringste Vorwurf ist, den man der französischen Rechtsprechung im deutschen Westen machen kann.

Am 26. April ds. Js. verlangte eine Französin in dem Laden des Schlächtermeisters K. in Düsseldorf Fleisch und forderte, daß ihr das gewünschte Stück aus einem anderen größeren herausgeschnitten werden solle. Die 16jährige Tochter des Schlächtermeisters kam dieser Aufforderung auch bereitwilligst nach, die Französin lehnte aber die Entgegennahme des herausgeschnittenen Stück Fleisches ab und forderte, daß ihr aus einem anderen größeren Stück wieder eine Portion Fleisch herausgeschnitten würde. Dieses Spiel wiederholte sich viermal, beim fünften Mal erklärte ihr die Tochter des Schlächters, nun bekäme die Französin überhaupt kein Fleisch mehr, weil das Fleisch für das andauernde Herausschneiden zu teuer sei. Die Französin holte darauf den deutschen zufällig die Straße herabkommenden Polizeibeamten F. in den Laden und verlangte, daß er die Personalien der im Laden bedienenden Personen — es waren die Frau und die Tochter des Schlächters — feststellen solle. Der Polizeibeamte ließ sich mit Hilfe eines Dolmetschers den Vorgang beschreiben und stellte dann die Personalien fest, konnte jedoch nicht verhindern, daß bei der Erzählung des Vorfalls einige Leute aus dem im Laden anwesenden Publikum lachten. Die Scenen im Fleischerladen hatten nun folgendes Nachspiel: Mehrere Tage später wurde der Polizeibeamte F. vor das Gericht der Besatzungsbehörde geholt und zu zwei Tagen Gefängnis und einer größeren Geldstrafe verurteilt, angeblich, weil er nicht genügend gegen das in dem Schlächterladen damals anwesende deutsche Publikum eingeschritten sei. Auch die Gattin des Schlächters, Frau K., wurde wegen desselben Vorfalls vor Gericht befohlen und mit 500 ℳ Geldstrafe belegt, weil sie — so lautete die Urteilsbegründung — ihre 16jährige Tochter nicht zur Ordnung gerufen habe, als diese sich gegen die Frau eines französischen Offiziers ungebührlich benommen habe!

Deutsches Reich

Das Gesetz über die Pflichten der Beamten.

Berlin, 14. Juli. (Drahtber.) Der Rechtsausschuß des Reichstages erledigte in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik in zweiter Lesung. Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, den Ausdruck „Herabsetzung der Republik" durch „Mißachtung" zu ersetzen, weiter eine Entschließung, die Regierung müsse dafür sorgen, daß im Dienste bei den Behörden keinerlei parteipolitische Propaganda getrieben wird. Angenommen wurde ferner ein Zentrumsantrag, die Bestimmungen, welche den Richter in der Strafbemessung einengten, zu streichen. Weiter wurden Zentrumsanträge angenommen, laut denen der von der Regierung vorgeschlagene kleine und große Straffenat durch Disziplinarkammer und Disziplinarhof ersetzt werden darf. Disziplinarkammern sollen bestehen aus 7 Mitgliedern, darunter 2 richterliche Beamte Vorsitzender und 1. Beisitzer) und der Disziplinarhof aus 11 Mitgliedern. Das Verzeichnis der mit dem Schutze der Republik betrauten Beamten ist im Kabinett genehmigt und auf die Beamten des Büros des Reichspräsidenten ausgedehnt worden. Gestrichen sind die Ministerialamtsmänner in der Reichskanzlei. In dieser Verfassung wurde das Verzeichnis vom Ausschuß angenommen.

Ein Reichskriminalpolizeiamt.

Berlin, 14. Juli. Der Reichsrat hielt gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Köster eine Sitzung ab, in der der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Reichskriminalpolizeiamts und von Landeskriminalpolizeibehörden beraten wurde. Die Vorlage fußt auf dem Gedanken, unbeschadet der Polizeihoheit der Länder gewisse politische Funktionen und politische Kräfte beim Reich zu vereinigen. Nach Erklärungen des Reichsministers Dr. Köster und des sächsischen, des bayerischen und des preußischen Vertreters wurde das ganze Gesetz in der Schlußabstimmung mit 56 gegen 10 Stimmen genehmigt.

Die Verwendung der Nationalstiftung für Hinterbliebene.

Berlin, 14. Juli. Die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen hielt im Reichstagsgebäude unter Vorsitz des Staatsministers von Loebell ihre diesjährige Jahressitzung ab. Der geschäftsführende Vizepräsident, Kommerzienrat Selberg, erstattete den Jahresbericht. Die Nationalstiftung hat bisher rund 50 Millionen für die Zwecke der Hinterbliebenenfürsorge verteilt. Es wurden u. a. auch für 1922 eine Million für den Erholungsaufenthalt von Kriegerwaisen bewilligt, außerdem wurde beschlossen, 1 Million zur Ermöglichung von Erholungsaufenthalten für Kriegerwitwen und -Mütter zur Verfügung zu stellen.

Amerikanische Studenten beim Reichskanzler.

Berlin, 14. Juli. (Drahtber.) Heute empfing der Reichskanzler in der Reichskanzlei eine Gruppe von etwa 50 amerikanischen Studenten, die sich im Zusammenhang mit der so überaus dankenswerten in Amerika arbeitenden Studentenhilfe auf einer Durchreise in Europa befinden. In einer Ansprache behandelte der Reichskanzler das Reparationsproblem und führte aus, daß erfreulicherweise sowohl in England als auch in Amerika immer mehr die Erkenntnis wachse, daß das Reparationsproblem ein europäisches und ein solches der Welt sei und daß diese Erkenntnis jetzt auch schon an die Pforten Frankreichs klopfe. Wirtschaftliche Fragen ließen sich nicht durch Ultimaten und Diktate mit dem Säbel lösen. Zum Abschied gab der Reichskanzler den jungen Amerikanern auf ihren besonderen Wunsch einige Geleitworte mit, in denen er sagte, „auch ein besiegtes Volk hat Anspruch auf Gerechtigkeit. Man kann von einem Volke nicht mehr verlangen, als in seinen Kräften steht. Amerika hat die Sklavenbefreiung erlebt. Wenn man von einem Volke in Europa mehr verlangt, als es leisten kann, so ist das der Anfang einer neuen Völkersklaverei."

Der Jahrestag der Reichsverfassung.

Berlin, 14. Juli. Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei erläßt zur Feier des Jahrestages der Reichsverfassung am 11. August einen Aufruf, in dem er zur Veranstaltung von Verfassungsfeiern in allen Städten und Orten auffordert.

Demokraten und Reichswehrminister.

Berlin, 14. Juli. Aus Kreisen der Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei wird mitgeteilt: Gewisse Nachrichten über das Verhältnis der demokratischen Fraktion zum Reichswehrminister Geßler seien dahin richtig zu stellen, daß die Fraktion nach wie vor einmütig hinter dem Minister stehe.

Reichsverbandstag der Polizeibeamten Deutschlands.

t. **Stuttgart**, 14. Juli. Der vierte ordentliche Reichsverbandstag der Polizeibeamten Deutschlands wurde hier am Donnerstag eröffnet. Der Vorsitzende, Regierungskommissar Castan (Dresden) begrüßte die Vertreter staatlicher Behörden, der Polizeibeamtenorganisationen von Sachsen, Hessen, Bayern, Mecklenburg und Oberschlesien, die Landtagsabgeordneten und die zum Verbandstag erschienenen 250 Delegierten. Der erste Vorsitzende des Reichsverbandes, Polizeimajor Bäcker (Berlin) gab einen Ueberblick über die Tätigkeit des Verbandes im letzten Jahre und über seine Aufgaben in der nächsten Zukunft. Die Polizei müßte von den Regierungen zu einer wahren Berufspolizei des freien Volksstaates geschaffen werden. Seine Angehörigen stünden in unverbrüchlicher Treue auf dem Boden der Reichsverfassung, dem Reichsrahmengesetz für die Schutzpolizei hätten ihre Forderungen nicht die verdiente Beachtung gefunden. Es folgte dann eine Reihe von Begrüßungsansprachen.

Die Versammlung richtete an den Reichspräsidenten ein Telegramm, in dem die Treue zur Verfassung und der Wunsch, eine Volkspolizei im Sinne der Staatsgrundgesetze zu werden, zum Ausdruck kam. Geh. Admiralitätsrat Greß sprach in einem zweistündigen Vortrag über „Das neue Beamtenrecht" und im Anschluß daran noch über die Bestimmungen des Gesetzentwurfes zum Schutz der Republik, das in sei-

Der sechzigjährige Fulda.

(Zum Geburtstag des Dichters am 15. Juli.)

Von Dr. **Heinrich Taschner.**

Zu dem guten Dichterjahrgang von 1862 gehört neben Schnitzler, Johannes Schlaf und Wilhelm Weigand, die wir schon feierten, neben Gerhart Hauptmann, den wir noch zu feiern haben, auch Ludwig Fulda. Frankfurter Gewächs, hat er in seiner Art mehr von der blumigen Eleganz der Weine aus dem Rheingau als von der erdigen Herbe des Frankenweins. Er gleicht, um im Bilde zu bleiben, dem gepflegten, feinen, wenn auch nicht allzu schweren Tropfen, ihm eignet die Stimmung, in der, wenn das Licht in gefüllten Kelchen funkelt, Lebenskenntnis in rasch und glücklich gefundene Worte gefaßt, mit heiterem, aber nicht breitem Behagen hin und wieder fliegt, mehr als die der letzten Stunde vor Morgengrauen, in der beim letzten Glas ein paar Einsame sich um letzte Dinge mühen.

Solcher Stimmung Blüte ist der Sinnspruch, und es ist bezeichnend, daß Ludwig Fulda schon früh einen Band „Sinngedichte" erscheinen ließ, und daß er noch jüngst in einem „Buch der Epigramme" die Perlen aus ein paar Jahrhunderten deutscher Spruchweisheit gesammelt und in einer geistvollen und scharfsinnigen Einleitung das Wesen des Epigramms definiert hat. Viele seiner Lustspiele sind Dramatisierungen solcher Erkenntnis, wie sie in den Sinnsprüchen lebt. Das bedeutet nicht etwa die Uebertragung einer fremden Form auf einen ihr nicht gemäßen Inhalt; es handelt sich um zwei Formen, die dem Inhalt in gleichem Maße gerecht werden, und die beide geeignet sind, Ergebnissen der Lebenserfahrung, die nicht so neu und tief sind, um durch ihr Eigengewicht zu wirken, berechtigtes Gehör zu verschaffen: die knappe und überraschende Formulierung des Epigramms und die farbige Sinnfälligmachung und graziöse Variierung des Lustspiels. Reichere Kränze blühen freilich auf dem zweiten Gebiet, und Fulda hat sich in unermüdlichem Schaffen ihrer die schwere Menge geholt. Auch genügten ihm nicht die engen Grenzen des Gesellschaftslustspiels; er ist in ferne Zeiten zurückgegangen und hat an die Pforten der Märchenwelt gepocht, er ist nicht bei der leichten Heiterkeit des Lustspiels geblieben und hat selbst um den hohen Preis der Tragödie gerungen. Mit mehr und mit weniger Glück, wie es bei so reichem Schaffen nicht anders möglich ist. Wenn das Interesse für zerrissene Naturen, wie Christian Günther, dessen Gestalt schon den Jüngling reizte, und Herostrat, zu sehr der Liebe zum Kontrast entsprang, um ihm volles Gelingen bringen zu können, so hat er doch mit Anstand und der Einfühlung des feinen Kenners das Gewand der Historie, mit Grazie das Kleid der Traum- und Zauberspäre getragen. Wenn man seiner Märchendichtung das Beiwort „romantisch" gegeben hat, so darf man freilich nicht an die Kunstströmung denken, die in der Geschichte zuerst diesen Namen trägt; nichts liegt Fuldas Streben nach Klarheit und Harmonie ferner als ihr Hang zum Unendlichen und ihre Neigung zum Unproportionalen.

Unter allen seinen Altersgenossen ist Ludwig Fulda am festesten mit der Tradition verwachsen und darin verwurzelt geblieben. Wenn ihn in seiner ersten Zeit Einflüsse der vorhergehenden Generation beherrschten, so ist das nichts Erstaunliches; er unterscheidet sich aber von den Gleichaltrigen dadurch, daß bei ihm nirgends der Bruch zu erkennen ist, der früher oder später zugleich mit den Anschauungswandlungen der Zeit in ihrem Schaffen eintrat. Doch die Tradition, der Fulda die Treue hielt, heißt nicht nur Paul Heyse und Otto Roquette, sie heißt auch Grillparzer und Raimund und letzten Endes Spanische Dramatiker und Shakespeare. Und sein bestes Können hat er solchem Dienst der Vergangenheit geweiht, als er, der Meister der Wortkunst, uns eine vollendete Molière-Uebersetzung gab. Selbst eine mittelhochdeutsche Dichtung, den „Meier Helmbrecht", hat Fulda, der von Haus aus Literarhistoriker war, erneuert. Für Rostandsche Werke hat er ein ebenbürtiges deutsches Gewand geschaffen, und jedem, der Josef Kains als Cyrano gehört hat, sind noch Fuldas glänzende Worte im Ohr geblieben.

Naturen wie Ludwig Fulda wachsen organisch ins Alter hinein. Die Eigenschaften, die er besitzt, kann es nicht umkehren, es wird sie nur vertiefen und weiter klären. Und wenn die Zahl seiner Bühnenwerke in seinem siebenten Lebensjahrzehnt wirklich das halbe Hundert überschreiten sollte, dessen sich der Gegenstand seiner ersten literarhistorischen Bemühungen, der Zittauer Christian Weiß, rühmen konnte, so wird auch sicher noch manches Stück darunter sein, das wir ebenbürtig neben den „Talisman" und die „Zwillingsschwester" stellen dürfen.

Theater und Musik

Freiburger Theaterbrief. In einer Richard-Strauß-Woche ist die diesjährige Spielzeit glanzvoll zu Ende gegangen. Sie brachte ein großes Chorkonzert, zwei Salome-Vorstellungen, zwei Wiederholungen von „Alpensymphonie" und „Josefslegende" und zweimal den „Rosenkavalier". Um der Strauß-Woche erhöhte Anziehungskraft zu geben, hatte man eine Reihe auswärtiger Künstler hergebeten. Im Chorkonzert stellte sich Grete Stückgold hier vor, für die „Salome" hatte man Alwine Sanden aus Leipzig gerufen, deren dramatischer Sopran wohl den Anforderungen des Gesanges entspricht, mit ihrer kaum mittelgroßen, rundlichen Figur aber nicht alle Illusionen auslöst, die die Prinzessin von Judäa umschweben. Eine darstellerische Glanzleistung der Herodes von Ernst Kraus-Berlin.

In der schon vor einigen Wochen hier als besonderes Ereignis gegebenen, prunkvollen „Josefslegende" tanzte wiederum der schlanke Jril Gadescov die Titelpartie, ein Tänzer, der die traditionelle, gepflegte Tanzkunst der Russen in schwebender Leichtigkeit verkörpert. Ihm zur Seite Ani Schwaninger aus Bern als „Potiphar" und Magda Bauer aus München als „Sulamith".

Den entzückenden Schluß bildeten zwei restlos vollkommene Aufführungen des „Rosenkavaliers", deren auch der kritisch gestimmte Hörer nur in dankbarer Freude gedenken kann. Eine königliche „Marschallin" Zdenka Faßbender aus München. Die wunderbar gepflegten Stimmmittel nicht mehr in voller Blüte, aber veredelt durch reife, seelenvolle Innerlichkeit. Grete Merren-Nikisch (Dresden) als Sofie Faninal, von mädchenhafter Anmut mit ihrem ergiebigen, metallischen Sopran, die Rolle voll ausschöpfend. Emmi Krüger (Staatsoper Wien) als Rosenkavalier, stimmlich vortrefflich, in Erscheinung, Haltung und Spiel geradezu der vorbildliche Rosenkavalier. Richard Mayr von der Wiener Staatsoper als „Ochs von Lerchenau!" Das Ganze war ein Triumph für Dichter, Komponist und Darsteller.

Das Zustandekommen solcher Aufführungen durch Intendant Piehler ist für eine mittlere Bühne, wie es die Freiburger ist, eine Glanzleistung ersten Ranges. Sie hob sich in ihrer schaffensfreudigen, unternehmungskühnen Gestaltungskraft tröstlich und beschwichtigend von dem grauen Hintergrund der Finanznöte ab.

Marie Rotheit.

Kunst und Wissenschaft

In der Vereinigung der Dozenten an der Technischen Hochschule in Karlsruhe hatte jüngst der Geheime Regierungsrat Georg Cleinow-Berlin über seine letzte Reise nach Sowjetrußland zu berichtet. In über 2½stündigen Ausführungen zeichnete der Redner ein Bild von grausiger Plastik. Als ein guter Kenner des zarischen Rußland und der revolutionären Bewegung darin seit 1898 deckte er die Wurzeln des Bolschewismus als eine Summe von nationalen Kämpfen der Russen, Juden, Polen, Letten, Ukrainer, Grusier, Tartaren usw. gegen den rationalistischen, völlig entarteten Staat Peters des Ersten auf. Sozialismus und Kommunismus seien nur taktische Behelfe der Revolution gewesen, nun beim Wiederaufbau sei von beiden nicht mehr die Rede. Der Vortrag fand gespannteste Aufmerksamkeit und großen Beifall; die anschließende Besprechung gestaltete sich außerordentlich anregend. Es wurde von allen Seiten nur bedauert, daß dies objektive Bild nicht einem größeren Kreise gezeigt worden ist. Es ist in Aussicht gestellt, Cleinow aufzufordern, den Vortrag in der Technischen Hochschule öffentlich zu wiederholen.

Hochschulnachrichten. Im Alter von 36 Jahren starb der Observator am Astronomischen Recheninstitut der Universität Berlin Dr. Werner Strehlow. Er stammte aus Beeskow. Seine Arbeiten betreffen kleine Planeten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

nem Endziel auch von den Polizeibeamten durchaus gebilligt werde. Nur die Bestimmungen des Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgungs-Verlustes sowie Vermögenskonfiskation bei Beamten, die gegen das Gesetz verstoßen, könnten nicht gebilligt werden. Eine grundlegende Forderung der Polizeibeamten sei die lebenslängliche Anstellung im Staatsdienst. Die Bestrebungen des deutschen Beamtenbundes, hier volle Klarheit zu schaffen, verdienen daher die Unterstützung der deutschen Polizeibeamtenschaft.

Neue Lohnforderungen der städtischen Arbeiter Berlins.

Berlin, 14. Juli. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat gestern dem Berliner Magistrat neue vom 1. Juli ab geltende Lohnforderungen überreicht die eine Erhöhung der bestehenden Stundenlöhne um 12 Mark vorsehen. Die Stadt Berlin würde bei Bewilligung dieser Forderungen eine Mehrausgabe von zwei Milliarden Mark bis zum Ende des Jahres zu decken haben.

Aus Hessen.

Darmstadt, 14. Juli. Die Deutsche Volkspartei hatte im Anschluß an die bedauerlichen Ausschreitungen nach der Rathenau-Demonstration ein Plakat in Druck gegeben. Die hessische Regierung erhielt Kenntnis von dem Plakat und verhinderte die Herausgabe auf Grund der Reichsverordnung zum Schutze der Republik. Auf Antrag der Druckerei wurde ein Verfahren gegen „Unbekannt" eingeleitet, um denjenigen, der das Plakat vor dem Druck angeblich entwendet und es der Regierung überbracht hatte, zu ermitteln und zu bestrafen. Die Regierung hat jetzt beim Landtag die Niederschlagung des Verfahrens beantragt mit der Begründung, daß der Anzeigende durch die Verhinderung der Herausgabe des Plakates unabsehbaren Schaden verhütet habe.

Die Verfolgung der Rathenaumörder.

Berlin, 14. Juli. (Drahtber.) Die Verfolgung der Ministermörder Fischer und Kern ist bisher erfolglos geblieben. Eine neue greifbare Spur wurde vorläufig nicht gefunden. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß es ihnen gelungen ist, aus der Einkreisung herauszukommen und einen bedeutenden Vorsprung zu gewinnen.

Aufgelöste Organisationen.

Berlin, 14. Juli. Bisher wurden im preußischen Staatsgebiete folgende Organisationen aufgelöst: der Verband nationalgesinnter Soldaten, der „Bund der Aufrechten", der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der „Stahlhelm".

Verurteilung fremder Spione in München.

München, 14. Juli. (Drahtber.) Das Münchner Volksgericht verhandelte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen 5 Personen, die wegen Spionage und Landesverrat angeklagt waren. Der Hauptangeklagte, der 19jährige Daktilograf Pottier aus Lüttich, der von einem Spionagebüro beauftragt war, Material über geheime Organisationen zu sammeln und die vaterländischen Vereinigungen zu überwachen, wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, zwei weitere Angeklagte erhielten je 4 Jahre Zuchthaus, einer 3 Jahre, während der fünfte freigesprochen wurde. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß in Aachen ein Fremdenbüro mit ausgezeichneter Spionageorganisation und einer Spionageschule besteht.

Zeitungsverbote.

Berlin, 14. Juli. (Drahtber.) Laut „Berliner Tageblatt" ist das Erscheinen der kommunistischen Zeitung wegen abfälliger Kritik der Rede Lerchenfelds über Bayerns ablehnende Haltung zum Schutzgesetz auf 3 Tage verboten worden. Aus dem gleichen Grunde wurde die „Augsburger Arbeiterzeitung" für die gleiche Zeit verboten.

t. **Frankfurt a. M.**, 14. Juli. Das Wochenblatt „Völkische Rundschau" ist auf sechs Monate verboten worden.

Pfalz und innere Politik.

Unter der Ueberschrift: Wohin des Wegs? Aufrollung der Pfalzfrage lesen wir in den „Münchner Neuesten Nachrichten":

Eine ganz kurze Notiz ging durch die Blätter. Vielleicht ist sie nur von wenigen beachtet worden; aber sie ist höchst bedeutsam und beleuchtet wie ein Scheinwerfer die Lage und die Methoden, mit denen man heute gegen das „reaktionäre Bayern" vorzugehen für gut findet. Aus der „Pfälzischen Post" nämlich, dem Organ der Mehrheitssozialdemokratie in Ludwigshafen, ist zu ersehen, daß bei einer „Bezirkskonferenz" für Landau und Bergzabern „mehrfach" auch die „Aufrollung der Pfalzfrage angesichts der Lage in Bayern" verlangt wurde, und nachdem die Versammlung dem Bericht zufolge einen einträchtigen Verlauf nahm, scheint es wirklich, als ob man in diesen Kreisen mit einem solchen Gedanken spiele. Der Fernerstehende erkennt vielleicht nicht so ohne weiteres, was das heißt; drum wollen wir es glatt heraussagen: Es heißt Abtrennung deutschen Landes, und wenn man es kriminell charakterisieren will: Hochverrat.

Vor jetzt drei Jahren hat ein Haufen teils von den Franzosen angestifteter, teils politisch verschrobener Menschen unternommen, die Pfalz als „freie Republik" zu erklären und so von Bayern, im Gefolge aber auch von Deutschland abzulösen. An der kräftigen körperlichen Abwehr, bei der Arbeiterfäuste die Hauptrolle spielten, ist dieser Anschlag gescheitert und oft noch haben sich später Arbeiterführer dieser Tat gerühmt. Wie kommen heute Sozialdemokraten, die doch den Titel Arbeitervertreter für sich beanspruchen, dazu, mit der gleichen Schandtat drohen zu wollen, die sie damals niederschlagen halfen? Ist ihnen das Bayern von heute etwas anderes als das, dessen Ministerpräsident Hoffmann war? Was ist die Beschwerde der pfälzischen Sozialdemokraten? Die antirepublikanische Tätigkeit pfälzischer Beamten, vor allem des Regierungspräsidenten v. Chlingensperg bedeute eine „lebendige Gefahr für die deutsche Pfalz". Und um dieser „Gefahr" willen ist man anscheinend bereit, die Hilfe der Franzosen anzurufen und mit diesen „treuen Hütern des Deutschtums" zusammen die Pfalz von Bayern loszureißen und einen „westlich orientierten" Staat zu bilden? Etwas anderes kann doch nicht gemeint sein, wenn man auf die Vorgänge von 1919 anspielt; denn das ist damals tatsächlich die Absicht der Macher gewesen. Und für diesen Schritt, für den es doch eine andere Bezeichnung als die oben angewandte nicht gibt, weiß man nichts weiter beizubringen als die Behauptung — nicht den Beweis —, daß die Entfernung aller monarchistischen Bezeichnungen an den staatlichen Gebäuden, in Amtsräumen und Schriftstücken (!) noch nicht restlos durchgeführt sei. Daß es angeordnet ist, werden die Herren nicht bestreiten können. Wenn aber ein Bauamt der Meinung ist, eine Krone sei aus künstlerischen Rücksichten nicht von einem Hausgiebel zu trennen, oder wenn ein Kanzleibeamter auf einem alten Formular das „Kgl." nicht durchstreicht, dann ist die „Republik in Gefahr", und man hat Veranlassung und Recht, die Franzosen zu ihrem Schutz herbeizurufen. Dieser Wahnsinn ist so Methode, daß man ihn eigentlich nur auf Berliner Weisung zurückführen kann, wo man — das wollen wir annehmen — die Gefahr eines solchen Druckmittels nicht hinreichend erkennt. Denn so viel müssen die Pfälzer wissen: Wenn einmal ein gewisser Punkt erreicht ist, dann ist die Rolle der Deutschen aus, von da ab wird Herr de Metz die weitere Leitung übernehmen. Daß er seine Leute dazu hat — und sie gut bezahlt —, weiß man ja seit den Septembertagen des vorigen Jahres. Damals haben die Mehrheitssozialdemokraten noch rechtzeitig den Pferdefuß erkannt und hier abgeschwenkt. Ob ihnen das ein zweites Mal gelingt? Wer sich in die Gefahr begibt, kommt darin um. Und wir möchten den pfälzischen Arbeitern wahrlich nicht wünschen, daß sie auch nur kurze Zet erfahren müßten, was ihre saarländischen und elsaß-lothringischen Nachbarn durchzumachen haben. Die sind kuriert. Die deutsche Front hält nirgends so gut wie in Saarbrücken.

Badische Politik

Das neue Brennverbot.

Wie wir schon mitgeteilt haben, hat die Regierung beschlossen, ein Verbot der Verarbeitung von Obst und Obsterzeugnissen zu Branntwein zu erlassen.

Der § 1 dieses Verbots, das soeben veröffentlicht wird, lautet: Obst und Obsterzeugnisse aller Art dürfen zur Herstellung von Branntwein nicht verwendet werden. Auch das Einschlagen zum Zwecke der Branntweinherstellung ist verboten. Unreifes Fallobst und Trester fallen nicht unter das Verbot. Im § 2 wird bestimmt, daß Brennkirschen zur Branntweinherstellung verwendet werden dürfen. Nach § 3 kann das Bezirksamt weitere Ausnahmen von dem Verbot zur Herstellung von Branntwein zulassen, wenn es sich um Obst, Obsterzeugnisse und Rückstände von Obst handelt, die zum menschlichen Genusse untauglich sind und auch zur Herstellung von Marmelade nicht verwendet werden können. Als Obst im Sinne dieser Verfügung (§ 4) gelten auch alle Arten von Beeren; als Branntwein gelten auch Liköre. Die Geldstrafe bei Zuwiderhandlungen ist auf 100 000 Mark erhöht worden.

Der Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung, der sich am Donnerstag nochmals mit dem Verbot beschäftigte, hat dazu folgende Entschließung gefaßt:

Die badische Regierung soll bei der Reichsregierung mit Nachdruck auf ein reichsgesetzliches Brennverbot hinwirken, sie soll Verträge zwischen Lieferer und Verbraucherverbänden anbahnen und bei der Reichsregierung erneut wegen Verbilligung der Frachtsätze für Frischgemüse und Obst, das auf Grund von Lieferungsverträgen zu liefern ist, vorstellig werden. Die Handelserlaubnis für Obstaufkauf soll eingeschränkt und insbesondere unlautere Elemente aus dem Handel entfernt werden.

Furchtbare Berichte aus Rußland.

Genf, 14. Juli. Der Delegierte de Lubersac, der aus der Ukraine zurückgekehrt ist, hat dem Genfer Hilfskomitee für das hungernde Rußland einen erschütternden Bericht über die furchtbare Lage, die in den Städten Kiew, Charkow und Odessa herrscht, erstattet. Danach verfügt Kiew, in das Tausende von Flüchtlingen aus dem Hungergebiete strömen, nicht mehr über Mittel zur Verpflegung und Unterkunft. Die Flüchtlinge bleiben ohne jegliche Hilfe am Bahnhof liegen, wo sie elend sterben. In Charkow, dem Sitz der ukrainischen Regierung, irren hungernde Kinder auf den Eisenbahnperrons umher, ohne daß sich jemand um ihre Not kümmert, brechen zusammen und sterben an Ort und Stelle. Auf diesem Bahnhof sammelt sich oft eine Menge von 7000—8000 Flüchtlingen auf einmal an. Die Behörden von Charkow sehen sich bereits genötigt, die Spitäler zu schließen, weil sie weder Medikamente noch Lebensmittel besitzen. Aehnliche Zustände herrschen in Odessa und längs der Eisenbahnlinie Charkow—Odessa. Die Wagen, welche die Toten in Odessa auflesen, brauchen fast eine Woche, um die Stadt zu durchqueren, so daß die Leichen oft vier Tage lang auf den Straßen liegen bleiben, bevor man sie in die gemeinsame Gruft hineinwerfen kann. Viele Leichen waren, bevor sie bestattet wurden, nicht nur von Ratten, sondern auch von Hungerleidenden angenagt. Das ganze Gebiet zwischen Odessa und Poltawa, das zu den einstigen schönsten Gegenden der Ukraine gehörte, liegt jetzt völlig brach darnieder. Die Häuser stehen verlassen und manche Städte in der Ukraine haben 85 Prozent ihrer Einwohnerzahl verolren. Die Menschenfresserei ist dermaßen verbreitet, daß sie von den Behörden nicht mehr verfolgt wird.

Ein amerikanisches Urteil über Rußlands Lage.

Paris, 14. Juli. Der „New York Herald" meldet aus Washington, der Mißerfolg der Konferenz vom Haag sei geeignet, den Sturz der Sowjets zu beschleunigen. Man sei jetzt der Ansicht, daß das Regime nicht über dieses Jahr hinaus andauern werde.

London, 14. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage im Parlament sagte Lloyd George, ein offizieller Bericht über den endgiltigen Zusammenbruch der Haager Konferenz liege noch nicht vor. Auf jeden Fall sei Tatsache, daß man auf einem toten Punkt angekommen sei.

Das Fiasko der Russenkonferenz.

w. **Haag**, 14. Juli. (Drahtber.) Heute morgen fand noch eine Sitzung der Unterkommission für die Kredite für die Russen statt. Der Vorsitzende Aveccano wies darauf hin, daß es unmöglich sei, die Besprechungen über die Kreditfrage nach den Vorgängen der Unterkommission für die privaten Eigentümer durchzusetzen. Der britische Abgeordnete Hilton Young sagte darauf, die unversöhnliche Haltung der Russen habe eine weitere Besprechung der Kreditfrage unmöglich gemacht. Litwinoff erwiderte, daß nur die nichtrussische Unterkommission an dem Mißlingen der Konferenz schuld sei.

Der Vorsitzende erklärte demgegenüber, daß die nichtrussische Kommission nicht unversöhnlich sei und die Türe noch nicht geschlossen habe. Wenn die Russen neue Tatsachen und neue Vorschläge mitzuteilen hätten, so wäre heute Zeit dazu. Litwinoff antwortete, daß die Russen keine neuen Vorschläge zu machen hätten. Nachdem die Aussprache noch eine Zeitlang fortgesetzt worden war, wurde die Sitzung geschlossen.

Verschiedene Drahtmeldungen

Eiltempo im Reichstag.

w. **Berlin**, 14. Juli. (Drahtber.) Der Aeltestenrat des Reichstages bestimmte die Verteilung der Arbeiten bis zum Schluß des gegenwärtigen Tagungsabschnittes. Morgen soll neben kleineren Vorlagen das Gesetz über die Reichskriminalpolizei zur ersten Beratung und das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik zur zweiten Beratung und evtl. die Steuervorlage zur Beratung kommen. Die Ausschußberatungen über das Reichskriminalgesetz sollen am Sonntag so beschleunigt werden, daß am Montag die zweite Beratung dieses Gesetzes erledigt werden kann. Für Dienstag bleibe dann die dritte Lesung aller zu verabschiedenden Gesetze übrig. Am Dienstag soll die Arbeit vor der Sommerpause abgeschlossen werden.

Lebensmittel für Deutschland?

b. **Neuyork**, 14. Juli. (Eig. Drahtber.) Der Schlachthausbesitzer Eduard Morris in Chicago hat mit deutschen Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen, indem er sich verpflichtet, Lebensmittel im Werte von 1 Milliarde Mark an Deutschland zu liefern. Die ersten Lebensmittelsendungen werden im August in Hamburg eintreffen. (Zu einem niedrigen Dollarkurs? Aber wie? D. R.)

Der Brotpreis im Saargebiet.

Saarbrücken, 14. Juli. Der Brotpreis wird vom 16. Juli ab auf 33 Mark das Vierpfundbrot festgesetzt.

In der Redaktion erschossen.

Posen, 14. Juli. Gestern wurde der Chefredakteur Marschkowski vom „Kurjer Posnanski" in der Redaktion von einem Mann erschossen, der vor einigen Tagen wegen Verleumdung dieses Blattes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der Täter wurde festgenommen.

Die Einfuhrkontrolle im besetzten Gebiet.

Paris, 14. Juli. Die Botschafterkonferenz hat, wie der „Temps" schreibt, sich gestern vormittag mit der Kontrolle der Einfuhrbewilligungen durch die Koblenzer Kommission beschäftigt.

Korfanty Ministerpräsident.

w. **Warschau**, 14. Juli. (Drahtb.) Nachdem der Staatschef auf die Bildung einer neuen Regierung verzichtet hatte, versammelte sich heute vormittag im Hauptausschuß der Sejm zu einer Sitzung und beschloß, seinen Kandidaten zum Ministerpräsidenten zu designieren. Gewählt wurde Korfanty mit 219 gegen 206 Stimmen.

Baden-Badener Automobil-Tournier.

Zweite Tourenfahrt.

(Eigener Bericht.)

S. **Baden-Baden**, 14. Juli.

Das Badener Automobiltournier nahm heute mit der zweiten Tourenfahrt seinen Fortgang. Sie führte über die Paßhöhen des Winterecks in das Bühler Tal und von da auf die Kammhöhen des nördlichen Schwarzwaldes. Auf der Straße zwischen dem Gasthaus „Schindelpeter" und dem Kurhaus Sand fand über eine Strecke von 4 Kilometer eine Steigungsprüfung statt, an der 39 Wagen teilnahmen. Wieder waren die erzielten Zeiten trotz schlechter Witterung sehr gut. Die absolut beste Zeit erzielte wieder wie bei der Schnelligkeitsprüfung am Mittwoch Oberingenieur Seiler auf Mercedes 4 Min. 11 Sek., der somit als aussichtsreichster Anwärter für den Batschari-Wanderpreis in Frage kommt.

Das zurzeit über 4 Stunden tagende Schiedsgericht hat bisher noch keine offiziellen Resultate herausgegeben. Die beiden scharfen Kurven der Endstrecke stellten eine schwierige Aufgabe an die Fahrtechnik. Einige Wagen rutschten dabei ab, ohne indessen Schaden zu nehmen. An der unteren Kurve havarierte Prinz Eugen zu Schaumburg-Lippe durch den Zusammenstoß mit einem Prellstein seinen Wagen, so daß er mit gebrochenem Vorderrad liegen blieb. Personen wurden bei dem Unfall nicht verletzt.

Nach gemeinsamem Frühstück im Kurhaus Hundseck wurde die Rückfahrt durch das Hundsbach- und Murgtal angetreten. Sie verlief programmäßig und ohne jeden Unfall. Inzwischen sind alle gestarteten Wagen in Baden wieder eingetroffen. Die Veranstaltung litt sehr unter der außerordentlich regnerischen Witterung. Im allgemeinen ist man mit dem Resultat sehr zufrieden, zumal erhebliche Höhenunterschiede zu überwinden waren.

Als vorläufige Resultate werden genannt:

Klasse V: 1. Oberingenieur Seiler auf Mercedes, 4 Min. 11 Sek.; 2. Direktor W. Hof auf Mercedes; Komm.-Rat Berger auf Mercedes.

Klasse IV: 1. Ingenieur Kappler auf Benz-Gaggenau; 2. Fritz Kleemann auf Adler; 3. Karl Schwarz auf Austro-Daimler.

Klasse III: 1. Frau Falleville auf Steiger; 2. Fritz Koch auf Steiger; 3. W. Pittack auf Steiger.

Klasse II: 1. Ingenieur W. Walb, Benz; 2. Karl Iverus auf Opel; 3. M. Falleville auf Steiger.

Klasse I: 1. Dr. Tiegler auf Benz; 2. Freiherr von Thüna auf Mercedes; 3. Direktor Kappler auf Benz.

Bunte Chronik

Der Gemälde-Diebstahl im Stuttgarter Museum. Das in der Nacht zum Pfingstmontag aus dem Museum der bildenden Künste gestohlene Rembrandtgemälde „Paul im Gefängnis" ist wieder beigebracht. Als Täter und Hehler sind 6 Personen festgenommen worden.

Eine Raubmörderin zum Tode verurteilt. Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht Leipzig die 47 Jahre alte Witwe Hoffmann wegen Raubmord zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Angeklagte hat am 2. März in ihrer Wohnung den 67 Jahre alten Kürschnermeister Konrad aus Leipzig-Lindental durch Schläge auf den Kopf betäubt, dem noch Lebenden mit dem Rasiermesser den Kopf abgeschnitten und den Rumpf nach mehreren Tagen auf dem Leipziger Hauptbahnhof zum Zuge nach Halle aufgegeben.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Freitag, den 14. Juli 1922 (8 Uhr morgens M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
Hamburg	757,9	15	O	leicht	halbbd.	0
Danzig	758,8	15	ONO	leicht	bedeckt	21
Berlin	757,6	18	NW	mäßig	bedeckt	41
Frankfurt	758,8	14	SW	leicht	Regen	2
München	—	—	—	—	—	—
Kopenhag.	758,4	13	NO	mäßig	wolkig	2
Stockholm	760,4	16	ONO	leicht	heiter	0
Haparanda	—	—	—	—	—	—
Skudenes	757,7	15	SO	leicht	wolkig	0
Valentia	754,8	12	W	mäßig	wolkig	1
Paris	755,7	16	SW	schwach	bedeckt	0
Toulouse	—	—	—	—	—	—
Zürich	759,1	14	SW	schwach	bedeckt	1
Wien	759,5	18	WNW	leicht	halbbd.	4
Spitzbergen	771,0	7	SO	leicht	wolkig	0
Bäreninsel	772,6	4	SO	leicht	Nebel	0
Jan Mayen	763,7	6	W	leicht	wolkig	0
Seydisfiord (Island)	755,1	12	NNO	frisch	Regen	0

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7[26]

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt. 24 Std.
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	12	17	10	NO	leicht	Regen	0,5
Königstuhl Seehöhe 563 m							
758,6	12	17	10	—	still	Regen	10
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
759,2	15	20	13	SSW	leicht	Regen	5
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
758,9	15	20	12	SO	leicht	bedeckt	1
Badenweiler Seehöhe 420 m							
—	14	17	12	NW	leicht	wolkig	0,5
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	11	16	9	—	—	halbbd.	0
Villingen Seehöhe 712 m							
758,2	12	15	10	SW	leicht	bedeckt	0,5
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
650,3	8	10	7	W	leicht	Nebel	0,5

Allgemeine Witterungs-Uebersicht.

Unter dem Einfluß eines über den Alpen und Süddeutschland befindlichen Hochdruckgebietes kommt es seit gestern zeitweilig zur Aufheiterung, auch haben die Temperaturen inzwischen eine geringe Erhöhung erfahren und meist sind nur noch unerhebliche Regenfälle vorgekommen. Während sich die östlichen Druckstörungen nunmehr langsam entfernen, breitet ein von Westen heranrückendes neues Tiefdruckgebiet seinen Einfluß auf Deutschland aus; es ist deshalb nach kurzer Aufheiterung mit erneuten Regenfällen unter Gewitterbildungen zu rechnen.

Wetteraussichten für Samstag, den 15. Juli 1922: Vorübergehend wärmer; meist wolkig, Gewitter und zeitweise Regen. Auffrischende südliche, dann etwas böige, nach West drehende Winde. — Im Gebirge gute Fernsicht.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	14. Juli		13. Juli
Schusterinsel	2,72 m		2,48 m
Kehl	3,39 m		3,29 m
Maxau	5,15 m		5,13 m
"	— m	mittags 12 Uhr	5,14 m
"	— m	abends 6 Uhr	5,13 m
Mannheim	4,14 m		4,20 m

Statt Fleisch-Teigwaren

Makkaroni, Nudeln oder Hörnle, vollwertiger Ersatz für Fleisch, dabei um vieles billiger. Bekömmlich für Gesunde und Kranke.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Hotelpreise u. Ausländersteuer.

Die Hotelpreise und die Deutschland bereisenden Ausländer sind zur Zeit Gegenstände des allgemeinen Interesses. Beide Fragen kamen in einer Sitzung des Südwestdeutschen Handelskammerausschusses für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr zur Verhandlung, die dieser Tage in der Handelskammer Karlsruhe, dem Vorort des Ausschusses, unter der Leitung des Handelskammerpräsidenten, Kommerzienrat Gsell, stattfand. Die Schilderungen, die bei dieser Gelegenheit von Fachmännern an Hand von Zahlenmaterial über die Lage der Hotelindustrie entworfen wurden, waren keineswegs rosig. In den Verhandlungen wurde von allen Seiten hervorgehoben, daß die steigenden Betriebs- und Unterhaltungskosten der Gaststätten dazu zwingen, immer höhere Preise für das Uebernachten zu nehmen, sehr zum Leidwesen der Gasthofbesitzer selbst, in deren Häusern man, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keineswegs mehr von einem Zustand der Ueberfüllung reden kann, da sehr vielen Leuten bei der jetzigen Teuerung das Reisen unmöglich geworden ist. Die Hotelrechnungen erhöhen sich, wie an praktischen Beispielen gezeigt wurde, nicht zuletzt aber auch dadurch beträchtlich, daß der Hotelier eine Reichswohnsteuer, eine lokale Beherbergungssteuer und die erhöhte Umsatzsteuer zu entrichten hat, wobei in ungerechter Weise Steuer von Steuer erhoben wird.

Zu der Frage der gemeindlichen Beherbergungssteuer nahm der Ausschuß einstimmig einen Antrag an, in dem er deren hohe Sätze als eine große Gefahr für die Entwicklung des Fremdenverkehrs und den Satz von 20 Prozent — das ist das Doppelte der Reichswohnsteuer — als das Höchstmaß der zulässigen Besteuerung bezeichnete. Er verurteilte auch entschieden die enorm hohen Zuschläge für Ausländer, die oft das Fünf- und Zehnfache betragen und vielen Hotelbetrieben einen vernichtenden Schlag versetzen müßten. Als unerläßlich bezeichnete er es, daß vor derartigen gesetzlichen Maßnahmen die in Frage kommenden Berufsvertretungen gehört werden.

Lebhafte Befürchtungen wurden wegen der in Baden nach bayerischem Muster eingeführten staatlichen Ausländersteuer von 2000 Mark laut. Noch mehr aber wurde der Beschluß des Haushaltausschusses des Landtags bedauert, der die Regierung ermächtigen will, diese Steuer bis auf 20 000 Mark zu erhöhen. Zwar sei nicht zu erwarten, daß die Regierung von dieser Ermächtigung Gebrauch mache, aber schon der Beschluß an sich habe in unerwünschtester Weise auf den Fremdenverkehr eingewirkt. Beklagt wurde auch, daß der Ausländer nicht mit einer einmaligen Einreiseerlaubnis in ganz Deutschland auskomme, sowie daß bei einem Wechsel des Aufenthaltsortes nochmals eine Aufenthaltsgebühr entrichtet werden müsse. Ferner wurde gewünscht, es möge eine Umgruppierung der Ausländer insofern stattfinden, daß die Holländer in die Taxgruppe der Fremdensteuer kommen, in der sich die Schweizer befinden, sodann, daß eine Aenderung der Einteilung der Aufenthaltszeit in Dekaden vorgenommen und daß bei organisierten Reisegesellschaften und größeren Familien die polizeiliche Anmeldung durch den Führer oder das Oberhaupt als genügend betrachtet werde. Allgemein wurde der Wunsch geäußert, daß die Fremdentaxe nur einmal, und zwar dort erhoben werden möge, wo der Ausländer den deutschen Boden betritt.

Im Anschluß an die Tagung fand eine Besichtigung der Hotelgaskochherdabteilung der Firma Junker & Ruh in Karlsruhe statt.

Zeitschriftenschau.

Die unter dem Titel „Auf Reisen" soeben erschienene Nr. 15 des „Simplicissimus" enthält folgende Zeichnungen: „Träumerei" von M. Dudovich, „Amiesemang" von O. Gulbransson, „Wenn Gott will rechte Gunst erweisen —" von Karl Arnold, „Zustände", „Die Herren" und „Umsonst" von L. Kmoch, „Sachsen auf der Münchner Gewerbeschau" und „Alleweg gut boarisch" von E. Thöny „Die Teuerungswelle" von F. Heubner, „Sakra, wo san d' Amerikaner?" von E. Schilling, „Pech" von Wilhelm Schulz, „Nicht jedes Mädchen hält so rein — —" von L. Kainer und vier kleine Zeichnungen von Th. Th. Heine. Textlich ist die Nummer ausgestaltet mit je einer Skizze: „Salzburg" aus Ludwig Thomas Nachlaß, „Die Walfische und die Fremde" von Joachim Ringelnatz, „Das wahre Gesicht" von Hans Reiser und „Das nennt der Mensch Vergnügen!" von Lilli von Weech, ferner mit je einem Gedicht: „Liebeslied" von Hermann Hesse, „Der Berg" von Harry Frommelt und „Im Gebitsch" von Helmuth Richter und andere Beiträge.

Es hat dem Herrn gefallen, unsere liebe Schwester und Tante

Fräulein Mathilde Zöckler

Schulvorsteherin a. D.

nach schwerem Leiden gestern abend heimzurufen.

Karlsruhe, den 14. Juli 1922.

Frau **Thekla Roller**, geb. Zöckler
Prof. **Dr. Otto Roller.**

Beerdigung: Samstag 1 Uhr.

Trauer-Hüte
in jeder Preislage stets vorrätig
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Gottesdienste 16. Juli 1922.

Evangelische Stadtgemeinde.

Stadtkirche. ½9: Stadtv. Fiedler. 10: Pfr. Herrmann. ½12: Christenlehre, Pfr. Herrmann.

Kleine Kirche. ½11: Kindergottesdienst, Stadtvikar Dr. Klenck. Abds. 6: Stadtv. Fiedler.

Schloßkirche. 10: Kirchenrat Fischer. ½12: Christenlehre, Kirchenrat Fischer.

Johanneskirche. 8: Stadtv. Sick. ½10: Pfr. W. Schulz. 11: Christenlehre, Pfr. W. Schulz. 11: Kindergottesdienst, Stadtv. Sick.

Christuskirche. 8: Stadtv. Wüst. 10: Pfarrer Rohde. ½12: Christenlehre, Pfr. Rohde.

Gemeindehaus der Weststadt. 10: Stadtv. Wüst. ½12: Christenlehre, Pfr. Seufert.

Lutherkirche. 8: Stadtv. Batz. ½10: Stadtv. Batz. 11: Kindergottesdienst, Pfr. Renner.

Diakonissenhauskirche. Vorm. 10: Pfr. Sitzler; abds. ½8: Pfr. Sitzler.

Südwestpfarrei, Turnsaal Südendschule. 8: Christenlehre. ½10: Gottesdienst. 11: Kindergottesdienst.

Städt. Krankenhaus. 10: Gottesdienst.

Beiertheim. ½10: Stadtv. Münzel; ½11: Christenlehre, Stadtv. Münzel.

Karl-Friedrich-Gedächtniskirche (Stadtt. Mühlburg). 8: Frühgottesdienst, Pfr. Schulz. ½10: Pfr. Schulz. ½11: Kindergottesdienst, Stadtvikar Rößger.

Daxlanden (Schulhaus). ½10: Stadtv. Schuler. ½11: Jugendgottesdienst.

Evang.-luth. Gemeinde, Friedhofkapelle, Waldhornstr. Vorm. 10: Predigt, Pfr. Herrmann.

Wochengottesdienste.

Kleine Kirche. Donnerstag, abds. 6: Stadtv. Fiedler.

Lutherkirche. Donnerstag, abds. 8: Stadtvikar Batz.

Johanneskirche. Donnerstag, abds. 8: Pfarrer Mayer-Ullmann.

Ev. Stadtmission, Adlerstr. 23. Sonntag, ½12: Sonntagsschule, Miss. Riedel; nachm. 3: Allgem. Versammlung, Miss. Riedel; 4: Jungfrauenverein, Schw. Luise. — Mittwoch, abds. 8: Bibelstunde, Miss. Riedel. — **Kreuzstraße 23.** Sonntag, ½11: Hoffnungsbund; abds. 8: Blaukreuzversammlung. — **Oberkirchenratsgebäude.** Mittwoch, 8: Mädchenklub. — **Scheffelstraße 37.** Freitag, 8: Bibelstunde, Schw. Magda.

Evang. Vereinshaus Karlsruhe, Amalienstr. 77. Sonntag, vorm. 11½: Sonntagsschule; nachm. 3: Allg. Versammlung, Stadtm. Wieler; 4: Jungfrauenverein; abds. 8: Familienabend mit Gesang u. Musik. — Montag, abds. 7: Jugendabteilung; 8: Blaukreuzver. — Dienstag, nachm. 4: Bibelstunde für Frauen und Jungfrauen; abends 8: Bibelbesprechung für Männer und Jünglinge — Mittwoch, nachmittags 4: Mariastunde für Mädchen; abds. 7: Sonntagsschulvorbereitung; abds. 8: Bibel- u. Gebetsst. — Donnerst., abds. 8: Seminaristenkränzchen. — Freitag, abds. 8: Allgemeine Versammlung, Durlacherstraße 32; abds. 8: Töchterverein. — Samstag, nachm. 3: Knabenabteilung; abds. 8: Gebetsvereinigung für Männer und Jünglinge.

Evgl. Verein für innere Mission A. B., Geibelstraße 5, Mühlburg. Sonntag, 8: Allgem. Versammlg. — Montag, 6: Knabenstunde. — Dienstag, 8: Allg. Versamml. Br. Schmelzer. — Mittwoch, ½6: Mädchenstunde; 8: Bibelstunde für Jungfr. — Donnerstag, 8: Bibelstunde f. Jünglinge. — Freitag, 8: Bibelstunde f. Männer und Jünglinge.

Katholische Stadtgemeinde.
(6. Aloysiussonntag.)

St. Stephanskirche. ½6: Frühmesse; 6: hl. Messe; 7: hl. Messe mit Monatskommunion für die Jungfrauenkongregat. u. Arbeiterinnenverein; 8: Singmesse mit Predigt; ½10: Hauptgottesdienst mit Hochamt und Predigt; ½12: Kindergottesdienst mit Predigt; ½2: Christenlehre für Jünglinge; ½3: Herz-Jesu-Bruderschafts-Andacht; hierauf Aufnahme in das fünffache Skapulier am Muttergottesaltar. — Donnerstag, abds. 8: Versammlung der Jungfrauenkongr. in der St. Vinzentiuskapelle.

St. Bernharduskirche. 6: Frühmesse; 7: heil. Messe u. Generalkommunion für die Jungfrauenkongregation u. Jungmädchenverein; 8: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10: Predigt u. Hochamt; ½12: Kindergottesdienst mit Predigt; 2: Christenlehre für Jünglinge; ½3: Herz-Mariä-Andacht.

Ludwig-Wilhelm-Krankenheim. 8: hl. Messe m. Predigt.

Liebfrauenkirche. 6: Frühmesse; 7: Kommunionmesse mit Monatskommunion des Männerapostolates und der übrigen Männer; 8: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10: Hauptgottesdienst mit Amt und Predigt; 11: Kindergottesdienst mit Predigt; ½2: Christenlehre für die Jünglinge; ½3: Herz-Mariä-Bruderschaft.

St. Peter- und Paulskirche. 6: Frühmesse; 8: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10: Predigt und Hochamt; ½12: Kindergottesdienst mit Predigt; 2: Christenlehre für die Jünglinge; ½3: Andacht zur hl. Familie. — Mittwoch, abds. ½9: Versammlung der Jungfrauenkongregation mit Predigt und Andacht, nach derselben Generalversammlung mit Neuwahl im Gemeindehaus zur „Westendhalle". — Donnerstag, abds. ½9: Versammlung des Müttervereins mit Predigt und Andacht.

St. Bonifatiuskirche. 6: Frühmesse mit Generalkommun. der Jungfrauenkongr.; 7: hl. Messe; 8: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10: Hauptgottesdienst, Hochamt mit Predigt; ½12: Kindergottesdienst mit Predigt; ½2: Christenlehre für die Jünglinge; ½3: Andacht zum guten Tod. — Dienstag (18. Juli), abds. ½9: Versammlung der Rote-Kreuz-Schwestern-Kongregation. — Freitag (21. Juli), abds. 8: Versammlung des Christl. Mütterverein.

St. Michaelskirche (Beiertheim). 6: Beichtgel.; ½7: Frühmesse mit Monatskommun. d. Frauen, insbes. des Christl. Mütterverein und Frauenbundes; 8: Singmesse mit Predigt; ½10: Hochamt mit Predigt; ½2: Christenlehre für d. Jünglinge; 2: Herz-Mariä-Bruderschaft mit Segen; ½3: Versammlung des Müttervereins mit Predigt.

St. Nikolauskirche (Rüppurr). 6—7: Beichtgelegenheit; 7: Frühmesse; 9: Amt mit Predigt; ½2: Christenlehre für die Jünglinge u. Mädchen; 2: Andacht zur hl. Familie von Nazareth.

St. Josefskirche (Grünwinkel). 6—7: Beichtgelegenheit; 7: Frühmesse mit Monatskommunion für den Christl. Mütterverein; ½10: Amt mit Predigt; ½11: Christenlehre für die Jünglinge und Borromäusbibliothekstunde; 2: Herz-Mariä-Andacht; ½3: Versammlung f. den Christl. Mütterverein mit Predigt und Segen; 6: Rosenkranz in der Kapelle. — Donnerstag, abds. 8: kirchl. Versammlung mit Predigt für den Kath. Jugend- und Jungmännerverein.

Heilig-Geist-Kirche (Daxlanden). 6—8: Beichtgelegenheit; ½7: Kommunionmesse (Quartalkommunion für christenlehrpflichtige Jünglinge); ½8: deutsche Singmesse mit Predigt; 9: Amt mit Predigt; ½11: Christenlehre; 2: Andacht zur hl. Familie; ½3: Versammlung für den Mütterverein mit Vortrag.

Altkathol. Stadtgemeinde (Auferstehungskirche). Gottesdienst fällt aus.

Friedenskirche der Meth.-Gemeinde, Karlstr. 49b. Vorm. ½10: Predigt, Pred. Rücker; 11: Kindergottesdienst; nachm. ¼4: Jungfrauenbund; abds. 8: Vortrag von Pred. Rücker: Reiseerlebnisse. — Mittwoch, abds. 8: Bibel- und Gebetstunde.

Zionskirche der Evangel. Gemeinschaft, Beiertheimer Allee 4. Sonntag, vorm. ½10: Predigt u. Abendmahl, Pred. Rapp; 11: Kindergottesdienst; nachmitt. ¼4: Missionsfest, Prediger Rapp. — Dienstag, abends 8: Gebetsversammlung. — Mittwoch, abds. 8: Männer- und Jünglingsverein. — Donnerstag, abds. 8: Bibelstunde. — **Mühlburg,** Hardtstr. 5. Sonntag, abds. 8: Predigt. — Mittwoch, abds. 8: Gebetsversamml.

Neuapostolische Gemeinde, Gartenstr. 16a. Gottesdienste: Sonntag vorm. 9, nachm. 3; Mittwoch abds. 8 Uhr.

Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage, Sofienstr. 73 (Eing. Lessingstr.). Sonntag, vorm. 10 Uhr u. abds. 8 Uhr. Mittwoch, abds. 8 Uhr.

Zu vermieten

An evg. älteres Fräul. oder Frau ist gegen etw. Mithilfe im Haush. bei eing. Dame gut möbl. sonniges **Zimm. bill.** abzugeben: Sofienstr. 179 II l.

Miet-Gesuche

Platz
gesucht zum Stellen eines Wagens geg. gute Bezahl. Angebote unter Nr. 1040 ins Tagblattbüro erbet.

Zu mieten gesucht:
2 gut möblierte Zimmer, am liebsten mit Küchenbenützung, gegen gute Bezahlung, in besserem Hause. Angebote unter Nr. 1096 ins Tagblattbüro erbeten.

Ein oder 2 möbl. Zimmer
sucht kinderloses Ehepaar für sofort oder 1. August. Angebote mit Preis unt. Nr. 1095 ins Tagblattbüro erbeten.

Tabak- und Zigarrenfabrik sucht für den Stadtbezirk Karlsruhe mit weiterer Umgebung einen tüchtigen und absolut zuverlässigen

Reisenden od. Alleinvertreter

welcher in Zigarren- und Kolonialwarengeschäften sehr gut eingeführt ist. Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften wie Aufgabe von Referenzen und Gehaltsansprüchen unter Nr. 1074 ins Tagblattbüro erbeten.

Ein tüchtiger
Möbelschreiner
womöglich nicht unter 20 Jahren, welcher hauptsächlich auf furnierter Ware arbeiten kann, zu sofortigem Eintritt gesucht. Lohn nach Tarif. Auf Wunsch auch Kost und Wohnung im Hause. Fußballspieler bevorzugt.
Sebastian Dillis
mechanische Bau- u. Möbelschreinerei
Bad Wörishofen,
bayr. Allgäu.

Halbtagsstelle
sucht gebildete **Stenotypistin** mit mehrjähriger Büropraxis und besten Empfehlungen. Angebote unter Nr. 1098 ins Tagblattbüro erbeten.

Junge Dame sucht
möbliertes Zimmer
in gut. Hause. Angeb. u. Nr. 1105 i. Tagblattbüro.

Aelt. Beamtenwitwe s. auf 1. August ein **möbl. Zimmer** in gut. Hause. Eig. Bett u. Bettw. vorh. Ang. m. Preisang. unt. Nr. 1094 ins Tagblattb.

Kapitalien

15 000 bis 20 000 Mk.
auf gute Hypothek zu 6 bis 7% Zins **gesucht.** Angebote unter Nr. 1086 ins Tagblattbüro erbet.

Offene Stellen

Stenotypistinnen
nur erste Kräfte, werden von größerer Aktiengesellschaft auf **sofort** gesucht. Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit u. des Lebensalters sind umgehend unter Nr. 1088 ins Tagblattbüro zu richten.

Im **Laboratorium** ist für
Fräulein
m. höherer Schulbildung **Anfangsstelle** frei.
Chemisch-bakteriologisches Laboratorium
Dr. Lindner,
Kaiserstraße 80.

Tüchtige Köchin
für Weinrestaurant ges. Zu erfragen Tagblattb.

Braves Mädchen
für Küche u. Haus findet bei hohem Lohn sofort gute Stelle:
Landstnecht, Zirkel 31.

Aelteres Mädchen
bei liebevoller Behandlung und guter Bezahlung auf sofort gesucht. Frau **Reith,** Bäckerei Zirkel 29.

Fleißiges Mädchen
zur Mithilfe im Haushalt gesucht bei hohem Lohn und guter Behandlung. Bernhardstraße 11 parterre links.

Zuverlässiges Alleinmädchen
auf 1. August gesucht: Westendstraße 39, I.

Männlich

Pensionär
mit Verkaufstalent kann sich durch Besuch von Colonialwarengeschäften Drogen, Konditoreien 2c. schönen
Nebenverdienst
erwerben. Angebote u. Nr. 1084 ins Tagblattb.

Lehrling
aus achtbarer Familie für kunstgew. Werkstätte gesucht.
Heinrich Maybach, Hirschstraße 27.

Kaufm. Lehrling
aus gut. Fam. kann bei elektr. Inst.-Firma eintreten. Angebote unter Nr. 1087 ins Tagblattb.

Kräftiger 14—16jährig.
Bursche
gesucht: Hirschstraße 81 I.

Ausläufer
junger, kräftiger, nicht über 18 Jahre, zum 1. August gesucht.
Färberei D. Lasch, Sofienstr. 28.

Stellen-Gesuche

Modistin
sucht Stellung als **Putzverkäuferin.** Angebote unter Nr. 1083 ins Tagblattbüro erbeten

Verkäufe

Haus (Südstadt) mit Einfahrt und großem Hof 2c. zu verkaufen. **Ang. Schmitt,** Hypotheken- und Liegenschaftsbüro, Hirschstr. 43, Telephon 2117.

Haus Südstadt
schöne Lage, massiv gebaut, 4stöckiges Vorderhaus mit Doppelwohn. je 3 Zimmer und Küche, 3stöckiges Hintergebäude mit Wasserspülung an Selbstreflektanten z. verk. Angebote unter Nr. 1081 ins Tagblattbüro erb.

Zu verkaufen
Weinrestaur. u. Café
mit Haus, gute Lage, sehr gutgeh., sof. zu beziehen. Preis 600 Mille, Anzahl. 400 Mille bar. Nur ernste raschentschl. Käufer mit Rückp. erb. Bescheid. Ang. u. Nr. 1102 ins Tagblattb.

Fast neuer **Schrankkoffer** zu verk. Anzusehen zw. 11—1 und 2—4 Uhr. Zu erfr. im Tagblattb.

3/4 Geige
m. Kasten, ebenso schwarz. **Astrachanmantel** für Mädchen v. 12—15 Jahren zu verkaufen Hirschstr. 81.

Herde,
auch auf Teilzahlung, zu verk. **Vögele,** Grenzst. 10.

Zwei Anzugstoffe
grau und braun, billig zu verkaufen: Kreuzstr. 20 III

Feiner Tuch-Gehrock mit Weste preiswert abzugeb., neue Knabenstief. Nr. 35, 1 Pr. gebr., gut erh. Nr. 33 120 M Herrenstraße 20, eine Tr. rechts.

Ein Lederhandkoffer, 1 Rollwand, 1 ält. Waschkessel, 1 Sitzbadewanne, 1 Hasenstall, Vorhänge zu verk. Akademiestr. 38. III.

Fußbodenlack,
ein Posten, **beste** Ware, wird abgegeben, so lange Vorrat, per Kilo M 40.—.
H. Durand, Douglasstr. 26.

Zu verkaufen:
Meyers Konversationslexikon, 1897er Jahrg., 18 Bde., noch neu, Angebote mit Preisangabe unter Nr. 1106 ins Tagblattbüro erbeten.

Klee-Verkauf.
19 Ar junger **ewiger Klee,** II. Schnitt, gegen bar zu verkaufen: Yorkstraße 4 im Laden.

Einige Wagen
gutes Wiesenheu
zu verkaufen. Willi Köhli, Landesproduktenhandlung. **Urloffen,** Baden.

Kaufgesuche

Haus
in guter Lage sofort von **Auslandsdeutschen** zu kaufen gesucht.
Max Busam
Herrenstraße 38.

Suche Privathaus
im Preise von 300 000 bis 400 000 M, auch mehr, bei barer Anzahlung. Angebote unt. Nr. 1101 ins Tagblattbüro erbet.

Schuhmacherei
mit oder ohne Haus sofort gegen bar zu kaufen gesucht.
Max Busam
Herrenstraße 38.

Ein vollständig neuer
Luxuswagen
15/45 PS., **Aluminium mattiert, neue Bereifung, mit allen technischen Errungenschaften**
wird sofort gegen Barzahlung abgegeben.
Zuschriften erbeten unter „E. K. 130" an **Rudolf Mosse, Stuttgart.**

Hauskauf.
Villa oder **1—2-Familienhaus** mit größerem Garten in Karlsruhe gegen Barzahlung **zu kaufen gesucht.**
Angebote unt. Nr. 1099 ins Tagblattbüro erbet.

Platin-, Gold- u. Silber-
Gegenstände kauft und zahlt den höchsten Tagespreis
Rudolf Barth, Uhren u. Goldwaren
53 Kaiserstraße 53
gegenüber dem Eingang der Techn. Hochschule

Alte Silber-, Gold- u. Platin-Gegenstände zu gewerblichen Zwecken kauft zu **höchsten Tagespreisen**
Hermann Gengenbach
Goldschmied und Juwelier
Kaiserstraße 243.

Gold- und Silber-
Gegenstände in jeder Form kauft laufend zu höchstem Preis
F. Hirth, Augustastraße 1.

Leere Flaschen
Wein-, Sekt-, Kognak- u. Wasserflaschen
in allen Größen kaufen laufend in großen u. kleinen Quantitäten zu höchst. Preisen
J. Fleischer & Co., Khe.-Mühlburg
Hardtstraße 37 a (Brauerei Seldeneck) Tel. 4704.

D.-Amerikaner
sucht **besseres Haus** hier oder Umgegend zu kaufen Nähere Angebote unter Nr. 1017 ins Tagblattgüro erbeten.

Zu kaufen gesucht:
1 Schlafzimmer
1 Herrenzimmer
1 Truhe, 1 Kinderbett, Gemälde, Teppiche.
O. Burghoff, Rastatt
Ludwig-Wilhelmstraße 25.

Kinderwagen, auch reparaturbed., alter gr. **Schrank** gesucht. Angeb. u. Nr. 1090 ins Tagblattb.

National Reg.-Kassen
kauft ab Standort
Franz Franken, Hamburg
Besenbinderhof 29, Merk. 5723.

Hobelbank zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 1049 ins Tagblattbüro erbet.

Zu kaufen gesucht:
Bett, Schrank, Sofa, Tische, Stühle u. Küchenschrank.
Fröhlich, Uhlandstr. 12.

Tierfreund sucht
Fox od. sonst klein. Hund.
Angeb. m. Preis u. Nr. 1085 ins Tagblattbüro.

Gesucht
per sofort in laufenden Lieferungen ca. 3000 Str. garantiert reinen
Kuhstrohmist.
Angebote mit Preisangabe sind zu richten an Weingutsbesitzer **Fritz Boßung,** Edesheim (Pfalz).

Einige **Einmachgläser** und **Flaschen** zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 1092 i. Tagblattbüro.

Versäumt es nicht, sonst ist zu spät.
Räumt Euer Keller und Speicher von Lumpen Eisen, Metalle, Papier, Knochen und Flaschen Dann füllen mit Geld Eure Taschen;
Darum telefonieren Sie 4146 noch heut
Zum kaufen sind wir stets bereit!
Kleiner & Stechler
Rüppurrerstraße 92.

Frauenhaare.
Uebertreffe alle bisher bezahlten Preise für ausgekämmte Haare. Ankauf jeden Quantums. Haarschmuckreparaturen in kürzester Zeit.
Herm. Ruber,
Ecke Krieg- u. Bunsenstr.

Beamtenwitwe
42 Jahre alt, wünscht sich an sympy. Herrn für sonntägl. Spaziergänge anzuschl. Angebote unter Nr. 1089 ins Tagblattbüro erbeten.

Durch den Krieg unschuldig geschiedene Frau, 41 Jahre, mit Wohnung, wünscht mit Herrn in sicherer Stellung oder Geschäft, auch ält. Herrn kommen in Betracht, sich zu verheiraten. Angeb. unter Nr. 1097 ins Tagblattbüro erbeten.

Besuchs-Karten
in großer Auswahl und hübscher Ausführung
liefert
rasch und preiswert
Tagblatt-Druckerei,
Ritterstr. 1. Tel. 297.

Berufstaschen
echt Leder
verschied. Ledersorten braun und schwarz
248, 225, 175, 158 M.

Brieftaschen
echt Leder,
Geldscheineinteilung u. Geheimtasche
250, 195, 185, 158, 150, 125, 98, 78 Mk.

Besuchstaschen
Hunderte Modelle — Feinste Ausführung — Alle Ledersorten
550, 450, 375, 250, 188, 120, 110, 88 Mk.
Riesenauswahl in Aktenmappen, Portemonnaies, Scheintaschen usw.

Damentaschen, Kofferform echt Leder
beste Verarbeitung, gutes Innenfutter
490, 450, 425, 375, 325, 295 Mk.

Besuch ohne jeden Kaufzwang erbeten.
Offenbacher Lederwaren-Vertrieb
nur Kaiserstraße 203, 1. Etage, Karlsruhe.

Badischer Landtag

t. **Karlsruhe**, 14. Juli. Präsident Wittemann eröffnete die Vormittagssitzung mit der Anzeige neuer Eingänge.

Die Tagesordnung beginnt dann mit dem Bericht des Abg. Freudenberg (Dem.) über den Entwurf eines Gesetzes über die

Main—Donau-Wasserstraße.

Von den in nächster Zeit ihrer Verwirklichung entgegengehenden süddeutschen Wasserstraßenplänen berührt auch die Herstellung der Main—Donau-Wasserstraße das Land Baden. Der Main und die Donau sollen für 1200-Tonnenschiffe schiffbar gemacht und miteinander durch einen Ueberlandkanal verbunden werden. Von der Mainstrecke, die ausgebaut werden soll, entfallen etwa 37 Kilometer auf den badisch-bayerischen Main. Da die Landesgrenze auf dieser Strecke in der Mitte des Flusses verläuft, erstreckt sich das Unternehmen somit auch auf badisches Hoheitsgebiet. Die auf diesem Gebiet vorhandenen Wasserkräfte werden in der Hauptsache in den drei Kraftstufen Bettingen, Haßloch und Freudenberg ausgenützt werden. Außerdem steht die badische Strecke noch unter dem Einfluß des Rückstaues der Staustufe Großheubach. Der badische Kraftanteil dieser vier Staustufen beträgt im Mittel 4590 PS. Durch Landesgesetz soll das Staatsministerium ermächtigt werden, sich an dieser Gesellschaft durch Uebernahme von Stammaktien zu beteiligen.

Eine Debatte ergibt sich nicht. Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Glockner (Dem.) erstattet sodann Bericht über die Neuregelung der

Entschädigung der Landtagsabgeordneten.

Die letztmals durch Gesetz vom 7. April 1922 festgesetzte Entschädigung der Abgeordneten soll mit Wirkung vom 1. Mai d. J. eine Erhöhung von 85 Prozent und vom 1. Juni d. Js. ab eine weitere Erhöhung von 40 Prozent erfahren. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Ueber einen Gesetzentwurf über die staatliche Verbürgung von Hypotheken zur

Förderung des Kleinwohnungsbaus

berichtet ebenfalls Abg. Dr. Glockner (Dem.). Der Entwurf schlägt eine Erhöhung der Bürgschaftssicherung von 1 Million auf 1,5 Millionen vor. Auch dieser Entwurf findet einstimmig in beiden Lesungen Annahme.

Abg. Marum (Soz.) berichtet sodann über den

Vertrag über den Verkauf des Murgwerks.

Durch Gesetz vom 1. Juli 1922 ermächtigt der Landtag das Staatsministerium, das Murgwerk samt allen Zubehörden an das Badenwerk zu verkaufen. Der Kaufpreis, den das Badenwerk an den badischen Staat zu zahlen hat, beträgt 211 671 904 ℳ.

In der Aussprache wendet sich Abg. Klaiber (Landbund) gegen die Form der Berufung des Aufsichtsrats und wünscht mehr Einflußnahme der Landwirtschaft in der Verwaltung des Badenwerkes. Dem Verkauf wird der Landbund nicht zustimmen.

Die Abgeordneten Zehnter (Ztr.), Maier (Soz.), Freudenberg (Dem.) und Schofer (Ztr.) und der Arbeitsminister Engler widersprechen den Ausführungen des Landbundredners.

Der Verkaufsvertrag wird dann angenommen.

Es folgt der Bericht über den Antrag der Abg. v. Au (Wirtsch. Vgg.) u. Gen. über das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner.

Der Berichterstatter Abg. Marum (Soz.) empfiehlt die Ausschußfassung des Antrags, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß durch neue Vereinbarungen mit der Schweiz die Härten, die sich infolge der Entwertung der Mark ergeben, beseitigt werden."

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Ztr.) berichtet sodann über den

Ausländerverkehr.

Hierzu liegen Gesuche und Eingaben vor. St. Blasien leidet unter der Höhe der Fremdensteuersätze. Die gesetzliche Gültigkeit der Regierungsverordnung ist vom Haushaltausschuß bestätigt worden. Statistiken des Fremdenverkehrs beweisen, daß der Fremdenverkehr an sich zunimmt, daß aber nur die Frequenz durch Ausländer im einzelnen steigt, während der Inländerverkehr immer mehr zurückgeht. Der Zweck der Verordnung ist, den Inländern Unterkunftsmöglichkeiten zu gewähren. Für Ausländer, soweit Kranke und Kinder in Frage kommen, ist den Bezirksämtern weitgehende Freiheit zur Gewährung von Vergünstigungen gegeben worden. Das Verlangen, die Regierung solle die Fremdenverordnung zurückziehen, müssen wir zurückweisen. Es handelt sich hier um das Gesamtinteresse und nicht um Einzelinteressen, die zweifellos in einzelnen Fällen geschädigt werden. Der Ausschuß bittet um Ueberweisung der Eingaben zur Kenntnisnahme an die Regierung.

In der Aussprache bemerkte Abg. Duffner (Ztr.): Bei der Frage der Ausländerbesteuerung müssen wir bedenken, daß wir den neutralen Staaten zum Teil zu großem Dank verpflichtet sind, und daß uns das Vertrauen im Ausland für den gesamten wirtschaftlichen und nationalen Wiederaufbau nottut. Härten, Kleinlichkeit und Engherzigkeit müssen aus der Verordnung verschwinden.

Abg. Weber-Baden-Baden (D. Vp.): Bei Betrachtung der Verordnung muß man zwischen Grenzverkehr und dem eigentlichen Fremdenverkehr unterscheiden. Der letztere ist an sich nicht so gefährlich für die Landesinteressen; in diesem Jahr, das mit einer natürlichen Lebensmittelkrise einsetzte, greift allerdings der Fremdenverkehr an die Lebenshaltung der inländischen Bevölkerung. Trotzdem ist die Fremdenverordnung im Interesse der Fremdenindustrie und im Gesamtinteresse des Landes zu bedauern.

Abg. Albiez (Ztr.): Nicht die Taxen sind es, die die Ausländer zurückhalten. Es ist die äußere Anwendung der Fremdenverordnungen, die „Polizei-Schikane". Diese polizeilichen Maßnahmen müssen unbedingt eingeschränkt werden.

Abg. Wirth (Soz.): Die Verordnung, die allen Verhältnissen Rechnung trägt, findet die völlige Billigung meiner Partei. Es handelt sich darum, den Fremdenverkehr im Interesse der heimischen Bevölkerung in gewisse Bahnen zu lenken.

Abg. Dr. Glockner (Dem.): Die Verordnung selbst bietet keinerlei Grund zur Aufregung. Zu wünschen wäre eine Fühlungnahme mit den übrigen am Fremdenverkehr beteiligten Ländern auf Entgegenkommen gegenüber ihren gegenseitigen Landesangehörigen. Selbstverständlich soll jede Schikane ausgeschlossen werden. Wir versprechen uns Erfolg von der durch den Minister des Innern zugesagten Prüfung der Verordnung und ihren Wirkungen.

Abg. Röckel (Ztr.) teilt Erfahrungen aus der Fremdenverordnung in seinem Bezirk mit. Die Angst vor einer Flaute hat die Geschäftsleute und Hoteliers veranlaßt, schon sehr früh die Behörden in einer Richtung zu beeinflussen, was erst das Ausland aufmerksam gemacht hat.

Abg. Hanemann (D.N.) hält die Fremdenabgabe für keineswegs zu hoch. Die Anwendung der Fremdenverordnung und die Erhebung der Abgabe sollte vereinfacht werden.

Das Gesuch der Gemeinde St. Blasien wurde hierauf der Regierung zur Kenntnis überwiesen.

Hier wurde gegen 1 Uhr abgebrochen.

*

Nachmittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung teilte Präsident Wittemann mit, daß der Vertrauensmännerausschuß beschlossen hat, in Zukunft die Beratungsarbeit bei Gesuchen und Anfragen dahin abzukürzen, daß, wenn keine Wortmeldung vorliegt, der Gegenstand als erledigt gilt.

Die badischen Nebenbahnen.

Abg. Seubert (Ztr.) berichtet über den Vergleich zwischen der Straßburger Straßenbahngesellschaft und dem badischen Staat über die in Baden gelegenen Linien der Gesellschaft. Wie schon aus den Ausschußverhandlungen bekannt, ist ein Vergleich zustande gekommen. Die Straßburger Gesellschaft wird durch einen von Baden und dem Reich je zur Hälfte zu leistenden Betrag von 3,3 Millionen Franken, d. s. heute 92,4 Millionen Mark, endgültig abgefunden. Ueber die Zukunft der Linien schweben noch Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Staat.

Ferner berichtet Abg. Seubert noch über den von allen Parteien (ohne U.S.P. und Kommunisten) unterschriebenen Antrag Gebhard (Landb.) u. Gen. über die Unterstützung der notleidenden badischen Privatbahnen durch das Reich. Die badischen Privatbahnen können fast durchweg als Bahnen des allgemeinen Verkehrs gelten und die Unterstützung durch das Reich ist billigerweise zu fordern, solange das Reich die Bahnen nicht in Eigentum und Betrieb nimmt.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Die Abstimmung ergab einstimmig Genehmigung des Vergleichs mit der Straßburger Gesellschaft und Annahme des Antrags Gebhard.

Ueber einen Gesetzentwurf betr. die Lokalbahn von Ettenheim-Münster an den Rhein berichtete ebenfalls Abg. Seubert (Ztr.). Wie gleichfalls schon mitgeteilt, soll die Strecke Orschweier—Rheinufer abgebrochen und der Erlös für den Ausbau der Strecke Orschweier—Ettenheim-Münster von Schmalspur zur Vollspur benützt werden. Bei der Reichsregierung wird die Errichtung einer Autolinie auf der außer Betrieb gesetzten Strecke Orschweier—Rhein dringend befürwortet.

Der Gesetzentwurf wird in der Fassung der Regierungsvorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Sodann begründete Abg. Hofheinz (Dem.) eine Förmliche Anfrage der demokratischen Fraktion über die

Neuregelung der Beamtenbesoldung.

Wie der Redner mitteilte, erfolgt zurzeit die Auszahlung der Beamtengehälter für das dritte Vierteljahr des Kalenderjahrs 1922 noch auf Grund der Aprilregelung, obwohl indessen auf 1. Mai eine Neuregelung erfolgt ist und im Reichstag in diesen Tagen eine weitere Neuregelung verabschiedet wurde. Den Gehaltsempfängern entsteht durch die jeweils verspätete Auszahlung der vollen Beträge eine außerordentliche Schädigung. Wir müssen endlich ein Verrechnungssystem bekommen, bei dem sowohl die Zentralrechnungsstellen, als

[illegible]

machen es einfach unmöglich, im Handumdrehen in vollem Umfang diesen Veränderungen mit der Arbeit nachzukommen. Aber das ist im Reich und in den anderen Ländern nicht viel besser, teilweise sogar schlechter.

Ministerialrat Dr. Baumgartner stellt in Vertretung des Kultusministers u. a. fest, daß die Auszahlung für das dritte Vierteljahr auf Grund der Mairegelung erfolgt und sofort in Bearbeitung genommen worden ist und zwar bis zum 17. Juni. Die Neuregelung, die auf Selbstberechnungsbogen erfolgt, kann natürlich erst erfolgen, wenn diese Bogen vorliegen. Das ist bis heute noch nicht überall der Fall. Die Kinderzulage ohne weitere Nachprüfung allgemein auszubezahlen, ist insofern ungeschickt, als das nachher zu mißlichen Rückforderungen führen kann.

Abg. Weißmann (Soz.): Der Beamtenstand ist mit Glück und Leid des Staates eng verbunden. Den ständigen Preissteigerungen steht der Beamte am machtlosesten gegenüber. Aber er trägt sein in früheren Zeiten „glänzendes Elend" genanntes Geschick mit Besonnenheit. Aber es geht nicht so weiter. Vor allem darf man den Beamten nicht auf seine Bezüge warten lassen.

Abg. Seubert (Ztr.) bedauert, daß durch solche Anfragen im Landtag die Stimmung in der Beamtenschaft grundlos erregt wird.

Abg. Dr. Glockner (Dem.) stellt fest, daß tatsächlich Systemverbesserungen notwendig sind. Das System der Dezentralisation in der Gehaltsverrechnung und -Auszahlung, wie es versuchsweise besteht, dürfte sicher ein Weg zur reibungslosen Regelung in dieser Frage sein.

Finanzminister Köhler:

Ueberall, wo Kassen sind (13 Domänenkassen, Strafanstalten, Heilanstalten usw.) haben wir diese Kassen mit der Auszahlung beauftragt. Die Kassen der Finanz- und Zollämter sind bekanntlich an das Reich übergegangen und es fehlen somit für die Ausdehnung der Dezentralisation die unentbehrlichen Grundlagen. Wir werden an dem System zu verbessern suchen, was menschenmöglich ist.

Abg. Hofheinz (Dem.) erklärt, daß der Zweck seiner Anfrage erreicht wurde, daß also die Unzulänglichkeit des Verrechnungs- und Auszahlungswesens unmittelbar klar hingestellt wurde.

Kleine Vorlagen.

Darauf berichtete Abg. Habermehl (D.N.) über die Anträge der Abgg. Dr. Herfurth (Ztr.) u. Gen. über die Versorgung der Klein- und Mittelbetriebe mit elektrischem Kraftstrom und der Abgg. Hertle (Landb.) u. Gen. über die Beseitigung des Grundgebührentarifs. Der Ausschuß hat zu diesen beiden Anträgen einen Antrag formuliert, der die Regierung ersucht, über die in den genannten Anträgen erwähnten Wünsche und Anregungen eine Denkschrift dem Landtag vorzulegen. Dieser Antrag findet nach kurzer Debatte einstimmige Annahme.

Abg. Hanemann (D.N.) gibt darauf den Bericht der Ausschußverhandlungen über den Gesetzentwurf des Forststrafgesetz- und Forststrafverfahrens. Der Gesetzentwurf bezieht sich in der Hauptsache auf Aenderungen der Strafandrohungen und trägt der modernen Rechtsentwickelung Rechnung. So sollen künftighin Versuch und Beihilfe milder bestraft werden. Bezüglich der Kostenfrage soll eine baldige Gleichstellung mit den übrigen Strafgebieten erreicht werden. Der Gesetzentwurf wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ein Antrag der weiblichen Abgeordneten des Hauses, der dahin geht, „möglichst bald den verheirateten Beamtinnen den Austritt aus dem Staatsdienst dadurch zu erleichtern, daß ihnen eine entsprechende Abfindungssumme gewährt wird", wird von Abg. Frau Fischer (Soz.) begründet.

Nach kurzer Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Es folgten 15 Gesuche, die sämtliche im Sinne der Beratung des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden genehmigt und erledigt wurden.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Nächste Sitzung Montag 3.30 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen über die Ausschreitungen und die Maßnahmen zu ihrer Verhütung.

*

Der Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung hat sich mit dem Gesetzentwurf über die Abänderung des § 11 des Viehseuchenentschädigungsgesetzes befaßt.

[illegible]

ng der Hochbauverwaltung des Reichs und r Länder.

Aus Baden

Sorgen und Wünsche der Städte.

Der badische Städteverband hielt am 6. Juli Rathause zu Lahr unter dem Vorsitze des erbürgermeisters Dr. Walz-Heidelberg, e Vorstandssitzung ab. Die Anwesenden achen sich mit aller Entschiedenheit gegen das rhalten der Reichsregierung in der Geindefinanzfrage aus, das die gebotene ksichtnahme auf die genügend bekannten, zerst schwierigen Finanzverhältnisse der Geinden durchaus vermissen lasse und diese durch e weitere Verzögerung der Aenderung des ndessteuergesetzes noch verschlimmere. Die Gemeinden werden auf ein eigenes bewegliches Zuschlagsrecht zur Reichseinkommensteuer auf die Dauer nicht verzichten können. Auf alle Fälle müssen aber jetzt die garantierten Mindestüberweisungsbeträge entsprechend dem Mehraufkommen aus den Reichssteuern in den letzten Jahren hinaufgesetzt werden.

Dem Grundgedanken des Entwurfs eines Kreis- und Bezirksverbändegesetzes wurde zugestimmt mit dem Bemerken, daß die Zeit für eine durchgreifende Aenderung der Verwaltungsorganisation und eine eventl. Uebertragung der jetzigen Kreisfunktionen auf die Bezirksverwaltung nicht geeignet ist; die Beibehaltung der Kreise ist daher zu begrüßen, doch sollten Aenderungen in der geographischen Einteilung der Kreise nur vorgenommen werden, wenn sie durch dringende öffentliche Interessen geboten sind. Der Städteverband trat in dieser Hinsicht der Stellungnahme der Vertreter der Kreisausschüsse bei.

In der Frage der Ausländerabgabe hielt der Vorstand eine Besprechung mit der Regierung für zweckdienlich. Es wurde betont, daß den Gemeinden ein selbständiges Zuschlagsrecht zur Getränkesteuer und Wandergewerbesteuer zugestanden werden muß und die baldige Einführung eines Landesfahrzeugsteuergesetzes wünschenswert erscheint. Des weiteren kamen das jetzige Verhältnis der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter, die Einführung einheitlicher Schlacht- und Viehhofgebühren, Vergünstigungen der Kriegsblinden bei Straßenbahnfahrten und einige andere Fragen von besonderer Bedeutung zur Erörterung.

Der Stand der Feldgewächse Anfang Juli.

Der Juni war in der Hauptsache trocken und warm und die vereinzelt in Form von Gewitterregen gefallenen Niederschläge waren nicht überall ausreichend genug, um die Vegetation in der erforderlichen Weise zu fördern. Mancherorts, so am Kaiserstuhl, im Bezirk Lahr, im Harmersbacher Tal usw., waren diese Gewitter von Hagel begleitet, der zum Teil erheblichen Schaden angerichtet hat. Am ergiebigsten waren die Niederschläge in Südbaden, wo sich die Getreidefrüchte, besonders auf schweren Böden, erholen konnten, während in den meisten übrigen Landesgegenden die Trockenheit andauerte und die Ernteaussichten infolgedessen ungünstiger beurteilt wurden als zu Anfang des vorigen Monats. Dazu kamen häufig Klagen über Verunkrautung aus fast allen Landesteilen, ferner über das Vorkommen von Rost sowie Engerlingen, Fritfliege (beim Hafer) usw., so daß uneingeschränkt hoffnungsvolle Berichte sehr selten sind und die Mehrzahl der Meldungen der Befürchtung Ausdruck gibt, daß die Getreideernte nach der Menge hinter der vorjährigen zurückbleiben wird. In einigen Bezirken Mittelbadens hat die Aberntung von Roggen und Gerste infolge rasch eintretender Notreife begonnen; anderwärts wurden und werden geringe Haferbestände, die nicht vorwärts kamen, grün abgemäht und verfüttert.

Die Beurteilung des Standes der Kartoffeln ist nach den „Mitteilungen des Statistischen Landesamts" im allgemeinen zufriedenstellend; auch die Berichte über die Futterrüben (Dickrüben) und die Zuckerrüben sind zum größten Teil nicht ungünstig.

Die Heuernte ist in der Hauptsache beendet. Die Erträgnisse wurden zumeist in guter Beschaffenheit eingebracht, bleiben jedoch infolge der Trockenheit hinsichtlich der Menge vielerorts hinter dem Vorjahre zurück.

Die Kleeäcker haben vielfach unter der Ungunst der Witterung gelitten, während die Luzerneäcker, namentlich die jüngeren Bestände, erheblich günstigere Erträge abwarfen. Auch gut gedüngte und Wässerwiesen haben da und dort befriedigende erste Schnitte geliefert.

Das Anpflanzen des Tabaks ist bei dem trockenen Wetter nur langsam vor sich gegangen; die Pflanzungen entwickeln sich übrigens in den meisten Bezirken zufriedenstellend.

Die Reben stehen fast überall, besonders aber in den wichtigen Weinbaugegenden, so am Kaiserstuhl und in der Markgräfler Gegend, sehr schön und gesund. Am Kaiserstuhl hat Hagel strichweise geschadet.

*

t. **Ettlingen**, 14. Juli. Der in Turnerkreisen bekannte Leutnant Robert Schmidt von Ettlingen hat auch dieses Jahr wieder im Berliner Stadion die Meisterschaft am Reck für Heer und Marine errungen, und zwar diesmal mit 9 Punkten Vorsprung.

. **Heidelberg**, 14. Juli. Einer schönen Tat erfen sich die deutschen Schlosserinnungen n rühmen. Im Anschluß an den in Mannheim gehaltenen Kongreß des Reichsverbands Deutscher Schlosserinnungen ternahmen die Teilnehmer eine Fahrt nach idelberg und besuchten dabei auch das Schloß. er sahen sie eine Anzahl Kinder unter Aufsicht ier Schwester. Es waren Kriegswaisenkinder. ne alsbald unter den Teilnehmern vorgenomne Sammlung für diese Kinder ergab die umme von über 15 000 ℳ. Einige Innungen tten 3—400 ℳ gezeichnet.

. **Mosbach**, 14. Juli. Eine Versammlung von rtretern der Erzeuger und Verbraucherorganitionen aus dem Bezirk einigte sich dahin, den rzeugerpreis für Milch ab 1. August auf Mark und den Verbraucherpreis auf 12 bis 13 Mark festzusetzen.

t. **Baden-Oos**, 14. Juli. Durch Feuer ist der Schuppen der Emaillierwerke von Schneider völlig eingeäschert worden. Der Schaden beläuft sich auf etwa 400 000 Mark. Es wird Brandstiftung vermutet.

t. **Baden-Baden**, 14. Juli. Der Stadtrat hat angesichts der fortdauernden Kohlenknappheit und Stockung der Lieferung aus Inlandsbeständen die Beschaffung weiterer Saarkohlen für das Gaswerk im Wert von 425 000 französischen Franken genehmigt. Man erwartet dadurch eine Sicherstellung des Bedarfs bis etwa April des nächsten Jahres.

t. **Gengenbach**, 14. Juli. Am 5. August kann Stadtpfarrer a. D. Julius Carlein sein Diamantenes Priesterjubiläum feiern. Stadtpfarrer Carlein steht im 84. Lebensjahr und ist der drittälteste Priester der Erzdiözese Freiburg; er war früher lange Jahre in Pfullendorf tätig.

t. **Markdorf** (Bodensee), 14. Juli. Während eines Gewitters schlug der Blitz in die Scheune des Landwirts Wiebel in Ekardskirch, die völlig eingeäschert wurde.

t. **Konstanz**, 14. Juli. Die Ententegarantiekommission, die in den letzten Tagen in Friedrichshafen weilte, war auch hier. Beanstandungen wurden von der Kommission nicht gemacht, so daß der Flugbetrieb sowohl zu Lande als auch auf dem Wasser ungehindert seinen Fortgang nehmen kann. — Das 5jährige Mädchen einer hiesigen Familie stürzte aus dem Fenster des zweiten Stockwerks auf die Straße und erlitt so schwere Verletzungen, daß es starb.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Ueber das Reichsmietengesetz

und die badischen Ausführungsbestimmungen dazu sprach in einer vom Mieterschutzverein Karlsruhe einberufenen stark besuchten Versammlung Rechtsanwalt Dr. Friedberg:

Das Reichsmietengesetz ist am 1. Juli ds. Jrs. in Kraft getreten; die badischen Ausführungsbestimmungen dazu enthält das am Samstag, den 2. Juli ausgegebene Gesetz- und Verordnungsblatt. Das Gesetz ist ein sogenanntes Mantel- oder Rahmengesetz, ein Rumpf, der der Ausgestaltung durch landesgesetzliche Bestimmungen bedarf; zu den letzteren werden hier noch die Ausführungsbestimmungen der Stadt Karlsruhe kommen. Das Reichsgesetz regelt aber nicht etwa das Mietverhältnis überhaupt, sondern nur die Höhe der Miete und die Verwendung des Mietzinses. Seine Bestimmungen gelten für alle Teile der Gebäude: Wohnungen, Lagerräume, Stallungen usw. An Stelle des vereinbarten Mietzinses tritt auf Antrag einer der Parteien die gesetzliche Miete; der Anspruch darauf ist unverzichtbar. Der Antrag bedeutet keine Kündigung, des Mietverhältnisses. Zulässig ist auch eine freie Vereinbarung auf einen bestimmten Mietzins. Die Gemeindebehörde kann auf Verlangen jeden Mietvertrag revidieren.

Bei der Festsetzung der Miete kommen die Berechnungsgruppen in Anwendung:

1. Die Grundmiete. 2. Die Betriebs- und Verwaltungskosten. 3. Die kleinen und großen Instandsetzungskosten. Wie diese Berechnungen in Karlsruhe ausfallen werden, wissen wir noch nicht.

Die Grundmiete ist gleich der Friedensmiete vom 1. Juli 1914, die nötigenfalls vom Mieteinigungsamt festzusetzen ist. Die Berechnungsart für die Zuschläge für Betriebs- und Reparaturkosten ist ziemlich kompliziert. Genaues darüber wird die Gemeindebehörde festsetzen; in Karlsruhe wird wohl 5 Prozent des Steuerwertes von 1914 herauskommen, eventuell mit einem Zuschlag für die Verteuerung des Hypothekenwertes. Die Berechnung des Zuschlags für die Betriebs- und Verwaltungskosten kann erfolgen: entweder nach Prozenten des Steuerwertes oder Umlegung nach den tatsächlichen Leistungen für die Mieter (was Referent empfehlen würde) oder durchschnittliche Festsetzung nach den Prozenten des Steuerwertes für alle Häuser und Umlegung des Weiteren auf den Mieter. Die Zuschläge für die laufenden Instandsetzungen sind nicht näher bestimmt. Die großen Instandsetzungskosten setzt das Gesetz selbst fest (Baden hat deren Zahl nach um sechs erweitert). Die Zuschläge für die großen Reparaturen werden in großen Städten allgemein festgelegt auf mindestens 60 Prozent der Grundmiete und zwar durch die Stadt nach vorheriger Anhörung der beteiligten Organisationen, Sachverständigen und des Mieteinigungsamts. In mittleren und größeren Städten wird diese Aufgabe ein Mieterausschuß zu übernehmen haben, dem auch Vertreter der Organisationen angehören werden. Dieser Ausschuß hat über die Prozentzuschläge zu beschließen.

Für die Verwendung des Mietzinses zu den Reparaturkosten ist ein sogen. Hauskonto für Reparaturen aus dem Mietzins anzulegen, das abgesondert von dem Vermögen des Hausbesitzers zu halten ist und unter Umständen auch gesperrt werden kann. Abhebungen von dem Hauskonto dürfen nur mit Zustimmung des Mietzinsamtes erfolgen. Der Hauseigentümer muß als Wohnungsinhaber ebenfalls an das Konto bezahlen (Ausnahmen sind zulässig). Ein Ausgleichsfonds der aus der Wohnungsabgabe gebildet wird, ist für Zuwendungen an vermögensschwache Hausbesitzer vorgesehen.

Auf gewerbliche Räume finden die Bestimmungen des Reichsgesetzes ebenfalls Anwendung. Ebenso auf die Untermieter; hier kommt der vermietete leere Raum, die Vergütung für die Ueberlassung der Fahrnisse und die persönlichen Leistungen für die Untermieter in Betracht. Von den Mietern kann im Einzelhause eine Mietervertretung bestellt werden, die das gegenseitige Einvernehmen fördern und in Streitfällen für gütliche Erledigung sorgen soll, auch die Kontrolle für die Reparaturen ausübt. Diese Vertretung kann segensreich wirken, aber auch zu Konflikten zwischen Mietern und Vermietern führen. In Städten und großen Gemeinden ist ein Mietenverzeichnis anzulegen, worin die Friedensmieten des Hauses aufgeführt sind. Das Gesetz gilt nicht für Neu- oder wesentliche Umbauten, die nach dem 1. Juli 1918 erstellt worden sind. Die Miete kann übrigens auch da herabgesetzt werden.

Für eine glückliche Ausführung des nun geltenden Reichsmietengesetzes ist die richtige Mitarbeit der Gemeindebehörden und der Mieterausschüsse maßgebend. Das Gesetz gilt einstweilen bis 1. Juli 1926, wird aber jedenfalls verlängert werden müssen. Es wird niemanden ganz befriedigen, ist auch für den Mieter ungünstiger als der bisherige Zustand; darum braucht dieser auch nicht zu drängen auf die Festsetzung der „gesetzlichen Miete". Das Gesetz kann aber doch in manchen Dingen den Hausfrieden fördern, wenn die beteiligten Organisationen vom Geiste der Versöhnlichkeit geleitet sind. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall verdankt.

Der Vorsitzende der Versammlung, Sekretär Förschner sprach dem Redner seinen Dank aus und führte noch kurz aus: In Karlsruhe ist dem Gesetze schon gut vorgearbeitet worden. Der Mieterschutzverein treibt keine Agitationspolitik, darum hat er auch der Wohnabgabe zugestimmt. In Karlsruhe wird die Miete mindestens 19—20 Prozent des Steuerwertes betragen, vermutlich aber höher sein, infolge der sprunghaft steigenden Teuerung. Es kann darum noch keine bestimmte Angabe über die Höhe der Miete gemacht werden

In der Diskussion wurden vom Referenten und vom Vorsitzenden noch mehrere Aufschlüsse erteilt, z. B.: daß Notwohnungen vom 1. Juli 1918 ab nicht unter das Gesetz fallen, es kann aber nachgeprüft werden, ob die Miete zu hoch ist. Der Mieterschutzverein tritt ein für die Einschätzung der Häuser nach dem Steuerwert und bekämpft die Einschätzung nach dem Verkaufswert. Es wird noch ein Mieterschutzgesetz kommen, das speziell die Frage der Kündigung behandeln wird.

Im Schlußwort richtete der Vorsitzende Förschner noch einen lebhaften Appell zum Beitritt in den Mieterschutzverein, der bald das zweite Tausend an Mitgliedern erreichen wird, und an die Mitglieder zur Mitwirkung bei der vielfältigen Arbeit des Vereins.

Aus dem Stadtkreise

Die Wetterlage.

(Mitgeteilt von der Badischen Landeswetterwarte am 14. Juli.

Ein zu Anfang dieser Woche von Westen vordringender Luftwirbel hatte zunächst ziemlich ergiebige Regenfälle verursacht, die aber in einzelnen Gegenden (Kraichgauer Hügelland) immer noch nicht genügten, um die dem Boden fehlenden Feuchtigkeitsmengen zu ersetzen. Da nach Abzug dieses Luftwirbels hoher Druck über das Festland sich ausbreitete, ließen die Niederschläge bald nach, und es trat damit vielfach auch Aufheiterung ein. Die Temperaturen überschritten fast täglich 20 Grad und erreichten am 10. in der Ebene mit 24 Grad die höchsten Werte dieser Woche. Am 11. leitete ein vom Mittelmeer nordwärts über die Alpen vordringendes Tief einen erneuten Wetterumschlag ein. Der Umstand, daß sich die von Süden herangeführten Luftmassen mit den aus kälteren, nördlichen Gegenden stammenden am Nordrand der Alpen stauten, bedingte hierbei starke Wolken- und Niederschlagsbildung. Die Regenfälle erfolgten im ganzen Land; stärker regnete es zunächst nur in Südbaden, teilweise unter Gewittererscheinungen, und dann auch am 12. in den mittleren und nördlichen Teilen des Landes, während nördlich der Mainlinie noch heiteres Wetter fortdauerte. Inzwischen hatte sich das Tiefdruckgebiet über Südosteuropa ausgebreitet; die dadurch bedingte Nordströmung führte nunmehr auch zu einem erheblichen Temperaturrückgang, bei dem selbst in der Ebene nicht über 15 Grad Wärme vorkamen. Die heutige Wetterlage läßt erkennen, daß jetzt ein kleines Hoch über den Alpen entstanden ist, das für Süddeutschland zeitweilige Aufheiterung und Erwärmung bringt; sein Einfluß wird aber bald verdrängt werden, da von Westen ein neues Tiefdruckgebiet nachrückt.

Die Feldfrüchte, vornehmlich Kartoffeln, haben sich meist gut entwickelt, nur im Kraichgau leiden sie immer noch unter der Trockenheit. Hafer und Gerste sind indessen allgemein zurückgeblieben. Für die Getreideernte, die in Gegenden mit leichterem Boden begonnen werden könnte, bestehen noch keine guten Wetteraussichten, da die Druckverteilung einer länger andauernden Aufheiterung in den nächsten Tagen noch ungünstig bleibt und wahrscheinlich der Tiefdruckeinfluß überwiegen wird.

*

Vom Verkehr. Um zu verhüten, daß Sonderzüge oder tarifmäßige Fahrpreisermäßigungen (z. B. für Jugendpflegevereine) für antirepublikanische Bestrebungen ausgenutzt werden, hat der Reichsverkehrsminister die Eisenbahndirektionen angewiesen, sich in allen ihnen bedenklich erscheinenden Fällen vor Genehmigung der Anträge mit den Stellen zu verständigen, die nach der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik von den Landeszentralbehörden eingesetzt werden, um Veranstaltungen, die gegen die Republik gerichtet sind, zu verbieten und die Auflösung von Vereinen und Vereinigungen anzuordnen.

Die Entladefristen. Auf dem schon länger beschrittenen Wege, die Zuständigkeit der Reichsbahn-, Provinzial- und Lokalbehörden zu heben, fortfahrend, ermächtigt nunmehr der Reichsverkehrsminister alle Eisenbahndirektionen, auf Grund des Paragraphen 80 (8) der Eisenbahnverkehrsordnung etwa notwendige Kürzungen der Entladefristen und lagerzinsfreien Zeit, Erhöhungen des Lagergeldes, des Wagenstandgeldes und der Gebühr für die Abbestellung von Wagen für bestimmte Stationen oder Gebiete selbständig anzuordnen.

Goldzollaufgeld. Für die Zeit vom 19. bis einschließlich 25. Juli beträgt das Goldzollaufgeld 9400 vom Hundert.

Erhöhung der Gütertarife? Die Handelskammer Karlsruhe hat beim Reichsverkehrsministerium angefragt, ob auf 1. August d. J. abermals eine Erhöhung der Gütertarife zu erwarten sei. Der Reichsverkehrsminister ließ der Handelskammer nun folgendes Schreiben zugehen: „Eine Erhöhung der Gütertarife zum 1. August d. J. ist bis jetzt nicht in Aussicht genommen."

Als Einheitssatz für den Militärpersonenverkehr ist, entsprechend der Erhöhung der Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs in der dritten Wagenklasse auf das Zwanzigfache des Friedenspreises, der Betrag von 20 Pfg. für das Kilometer in Aussicht genommen. Die jetzigen Preise für Bettkarten und Platzanweisungen bleiben mit Rücksicht auf die vor kurzem vorgenommene Erhöhung zunächst bestehen. Der Preis der Hundefahrkarten beträgt künftig die Hälfte des Fahrpreises dritter Klasse, eine Bahnsteigkarte wird 1,50 ℳ kosten. Auch der Gepäcktarif muß aus denselben Gründen wie der Personentarf zum 1. Oktober erhöht werden, und zwar ist ein Frachtsatz von 10 Pfg. für 10 kg und 1 Kilometer in Aussicht genommen. Die Mindestfracht für Gepäck wird von 5 auf 10 ℳ heraufgesetzt. Wenn auch diese Tariferhöhung weite Kreise des reisenden Publikums schmerzlich betrifft, so ist sie jedoch durch die fortschreitende Teuerung und Geldentwertung unvermeidlich geworden. Soziale Gesichtspunkte sind soweit wie möglich berücksichtigt, so daß besondere Härten vermieden sein dürften.

Fahrpreiserhöhung auf den Kraftwagenlinien. Infolge der Verteuerung der Betriebsführung werden die Gebührensätze auf den reichseigenen Kraftpostlinien vom 15. Juli an erhöht und zwar wird bis auf weiteres für eine Person und für einen Tarifkilometer 1,50 ℳ statt bisher 1,20 ℳ erhoben.

Verbotene Sendungen. Wie die italienische Postverwaltung mitteilt, gehen ihr häufig eingeschriebene Warenproben aus dem Auslande zu, die Waren oder Gegenstände mit Handelswert enthalten. Da die Beförderung solcher Gegenstände in Briefsendungen unzulässig ist, werden sie dem Empfänger nicht ausgehändigt, sondern von der Zollverwaltung mit Beschlag belegt. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des Weltpostvertrags von Madrid für den Verlust von eingeschriebenen Sendungen mit verbotenem Inhalt nicht gehaftet wird.

Kohlenbeschlagnahme durch die amerikanische Besatzungsbehörde. Mit welchen Schwierigkeiten die Kohlenversorgung Süddeutschlands zu kämpfen hat, zeigt folgender Vorfall: Die Concordia-Hütte in Engers am Rhein versorgt gleichzeitig die Stadt Koblenz mit Gas. Infolge der über jedes Maß hinausgehenden Forderung der Entente auf Anlieferung von monatlich 2 000 000 Tonnen Reparationskohlen konnte das Werk in letzter Zeit nicht mehr voll beliefert werden, so daß Gefahr bestand, daß die Gaslieferung an die Stadt Koblenz eingestellt würde. Die amerikanische Besatzungsbehörde hat nun kurzerhand einen Kahn mit Schmiedekohlen und einen anderen mit 1200 Tonnen Gaskohlen für das Werk beschlagnahmt, Sendungen, die für Süddeutschland bestimmt waren. Es besteht die Gefahr, daß weitere Kohlenkähne einfach weggeführt werden. Ein derartig rücksichtsloses Vorgehen der Besatzungsbehörden muß die Kohlennot ins Unerträgliche steigern und jede geordnete Versorgung in Süddeutschland unmöglich machen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses Vorgehen im Widerspruch steht mit den Vereinbarungen zwischen der deutschen Regierung und der Entente. Es muß daher verlangt werden, daß die Regierung sich solchen Gewaltmaßnahmen nicht widerspruchslos fügt, sondern die schärfsten Vorstellungen erhebt.

Zur Behebung der Geldknappheit. Die Hauptverwaltung der Darlehenskasse in Berlin hat ihre Beleihungssätze für die an einer deutschen Börse amtlich notierten Aktien inländischer Gesellschaften mit Wirkung vom 20. Juli an dahin erhöht, daß bis zu einem Kurse von 600 Prozent die Hälfte und bei höheren Kursen vier Zehntel des Kurswertes, äußersten Falles nicht mehr als das 4½fache des Nennwertes als Darlehen gegeben werden darf. Der Zinsfuß für Darlehen, die gegen Verpfändung von Aktien oder Waren gegeben werden, ist vom gleichen Tage von 5½ auf 6 Prozent erhöht worden.

In der Lohnbewegung im Kaminfegergewerbe hat das Schiedsgericht eine Entscheidung getroffen.

Verhaftet wurden: Eine Dienstmagd und eine Kellnerin wegen Diebstahls, zwei Schlosser, ein Fahrradhändler, ein Althändler wegen Hehlerei, ein Kaufmann, ein Arbeiter und ein Reisender wegen Betrugs, ein Tapezier wegen Meineids, ein Arbeiter wegen Sittlichkeitsverbrechens und ein Arbeiter wegen Diebstahls und Landstreicherei.

Veranstaltungen.

Sommeroperette im Städt. Konzerthaus. Auf die heute Samstag abend stattfindende Erstaufführung der Operettenneuheit „Apachen" von Ralph Benatzky sei hiermit nochmals hingewiesen. — Morgen Sonntag finden zwei Vorstellungen statt und zwar kommt nachm. 3½ und abends 7½ Uhr die Operette „Apachen" zur Wiedergabe. Die Nachmittagsvorstellung findet zu ermäßigten Preisen statt. — Montag abend kommt für den Verein „Volksbühne" (O 1) „Das Glücksmädel" zur Aufführung. Dienstag und täglich bleibt die Operette „Apachen" auf dem Spielplan. Für die Montagsvorstellung sind ebenfalls noch an der Abendkasse Karten für das Publikum erhältlich.

Munzsches Konservatorium. Die diesjährigen Schlußprüfungen finden mit 2 Konzerten im Eintrachtsaale Dienstag, den 18. und Donnerstag, den 20. Juli jeweils abends 8 Uhr ihren Abschluß. Zur Aufführung gelangen Klavier- und Violinkonzerte mit Orchester, Arien mit Orchester, Klavierlieder und Deklamationen. Eintrittskarten in den Musikalienhandlungen Doert, Müller, Neufeldt, Tafel und an der Abendkasse. Außerdem findet im Saale der Anstalt Waldstr. 70 am 24. Juli abends 8 Uhr ein Klavierabend von Trudel Scheinfuß statt.

Der Karlsruher Reiterverein ruft seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf Dienstag, 18. Juli ein. Der Verein wird auch in diesem Jahr anläßlich der Herbstwoche für den 24. September Rennen und reitsportliche Preisbewerbungen ausschreiben. Das Direktorium, das bereits seit längerer Zeit eifrig an den Vorbereitungen zu dieser Veranstaltung arbeitet, beabsichtigt, indem es die Erfahrungen des letzten Jahres sich nutzbar macht, größere Verbesserungen der Anlagen und Einrichtungen des Rennplatzes und des technischen Betriebes. Hierzu bedarf es aber der tatkräftigen Unterstützung aller Vereinsmitglieder. Zur mündlichen Aussprache hierüber ist diese außerordentliche Generalversammlung angesetzt worden. Im Interesse des Gelingens des Unternehmens, das die Förderung und Unterstützung aller Kreise der Bevölkerung finden sollte, weisen wir hierdurch besonders auf diese Einladung hin. Wie uns von autorisierter Seite mitgeteilt wird, sind bei dieser Generalversammlung alle jene willkommen, die der Pferdezucht und dem Reitsport Interesse entgegen bringen, auch wenn sie noch nicht Mitglieder des Vereins sein sollten. Die Ziele des Vereins und die Aufgaben, die er sich gestellt hat, werden bei dieser Gelegenheit nochmals zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden, und wir wollen hoffen und dem Verein wünschen, daß ihm dann eine Reihe neuer Mitglieder beitritt.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 14. Juli: Willy Nährling von Werder, Kfm. hier, mit Clara Grützner von London; Josef Bach von Metz, Schlosser hier, mit Theresia Oechsler von hier; Ferdinand Schäfer von Weilburg, Kfm. hier, mit Rosa Herrmann von Zürich; Josef Müller von hier, Kfm. in Stuttgart, mit Hermine Bauer von hier; Theodor Schwan von Durlach, Tapezier hier, mit Kreszentia Ochs von Spessart.

Geburten. 11. Juli: Maria Lydia, Vater Josef Pfeffinger, Taglöhner. — 12. Juli: Herbert Karl, Vater Karl Allgeier, Postsekretär; Ruth Brunhilde Lydia, Vater Aug. König, Kfm. — 13. Juli: Alfred, Vater Rud. Kallenbach, Faßdaubenhauer.

Todesfälle. 12. Juli: Rosa Baumann, alt 61 Jahre, Wwe. von Jul. Baumann, Postsekretär. — 13. Juli: Wilhelmine Frey, led., Privat, alt 50 Jahre; Frz. Babian, Ehem., Fab.-Arb., alt 45 Jahre; Mathilde Jöckler, led., Privat, alt 84 Jahre. — 14. Juli: Klara Zwecker, led., Dienstm., alt 20 Jahre; Karl Rumpp, Ehem., Schmied, alt 52 Jahre.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Samstag, den 15. Juli: 1 Uhr: Jöckler, Mathilde, Privatin, Karlstr. 119. — 2 Uhr: Baumann, Rosa, Postsekretärs-Wwe., Rüppurrerstr. 23 a. — 3 Uhr: Frey, Wilhelmine Privatin, Kaiserstr. 99, Feuerbestattung.

Tagesanzeiger.

Samstag, den 15. Juli 1922.

Städt. Konzerthaus: „Apachen". Abds. 7½ Uhr.
Städt. Festhalle: Fest-Konzert. Abends 8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele: Neues Programm.
Germania Sportfreunde: Monatsversammlung. Abends ½8 Uhr im „Grünen Baum".

Die
Anzeigen-Annahme
des Karlsruher Tagblatts
Ritterstraße Nr. 1
ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.
Bis zu dieser Zeit aufgegebene Anzeigen, insbesondere
Todes-Anzeigen
und
dringende kleine Anzeigen
können auf Wunsch noch in die
nächste Nummer
des Karlsruher Tagblatts, die am andern Morgen in aller Frühe erscheint, aufgenommen werden.
Das „Karlsruher Tagblatt" ist jeden Morgen von 7 Uhr ab an unserem Schalter erhältlich
Die Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblatts.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 14. Juli (abends).

Belgien	3600	Schweiz	9000
Paris	3850	London	2080
Neuyork	470	Italien	—
Holland	18000		

Tendenz: befestigt.

Von den Börsenplätzen.

Mannheimer Effektenbörse.

K. **Mannheim**, 14. Juli. Drahtber.) Die Tendenz war ziemlich fest. In Aktien der Gebr. Fahr war lebhaftes Geschäft zum Kurse von 620 %. Ferner Benz 530 (nachbörslich 525). Karlsruher Maschinenbau stellten sich 815 Geld, Haid & Neu 765 Geld, Badenia Maschinen 570 bezahlt, Rhein Elektra 425 Geld, 430 Brief, Zellstoff Waldhof 740 Geld, Zuckerfabrik Waghäusel 710 Geld. Von Versicherungsaktien wurden Mannheimer Versicherung 22 750 pro Stück genannt.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.**, 14. Juli. Der heutige Börsenverkehr eröffnete in ziemlich fester Haltung. Es zeigten sich allerdings noch verschiedene Ansätze zu einer Erhöhung. Die Spekulation hatte sich auf verschiedenen Marktgebieten engagiert und sah sich am Wochenschluß genötigt, hier und da Deckungen vorzunehmen. Am Markte der fremden Zahlungsmittel zeigte sich wieder eine starke Nachfrage, so daß die Kursbewegung in den ersten Morgenstunden nach oben gerichtet war. Der Dollar, der bis 465 gehandelt wurde, zog weiter an bis 480 und war bei Beginn der Börse 467, 470. 5 % Goldmexikaner stiegen um 600 auf 5200.

Am Rentenmarkt war die Tendenz wieder zuversichtlich. Fester lagen neben Bagdad Zolltürken und ungarische Renten, für welche sich eine große Kauftätigkeit entwickelte. Schwächer lagen 4 % österreichische Staatsrente.

Der freie Verkehr lag wesentlich belebter. Es erfolgten Rückkäufe, wodurch ansehnliche Kurserhöhungen durchgesetzt wurden. Man nannte höher Benz 560, Brown Boveri 400, Hansa Lloyd 285—295, Tiak 440—450, Deutsche Petroleum sehr gesucht 2175, Ufa 250. Am Montanaktienmarkt zeigte sich ebenfalls eine mäßige Aufwärtsbewegung der Kurse. Die Steigerungen betrugen durchschnittlich für diese Werte 20 bis 40 %, bei Oberbedarf, 1. Notiz 65 1915. Auch die Aktien der chemischen Industrie hatten größtenteils bescheidene Gewinne zu verzeichnen. Anilinwerte auf die beabsichtigte Preiserhöhung und gute Nachfrage nach Anilinfarben gefragter. Elektrizitätspapiere setzten ebenfalls höher ein. Bergmann gewannen 20 %, Lahmeyer 40 %, A.E.G. 19 %, Licht und Kraft, auch Schuckert befestigt. Bei den Maschinen-, Metall- und Autowerten stellte sich eine mäßige Erholung ein. Karlsruher Maschinen plus 10, Bingwerke plus 7, Daimler plus 11. Von Bankaktien Oesterreichischer Kredit 2 % besser. Deutsche Bank gaben 5 % nach. Metallbank anziehend 25 %, Baltimore 1460 plus 100.

Am Einheitsmarkt blieb die Haltung eine vorwiegend ruhigere bei teilweise fester Tendenz. Im Verlaufe war die Umsatztätigkeit etwas lebhafter, in der Hauptsache auf dem Gebiete der Auslandsaktien und Renten. Privatdiskont 5 %.

Berliner Börse.

w. **Berlin**, 14. Juli. In der Note der Reparationskommission wird trotz des Hinweises der deutschen Regierung, daß die Rate vom 15. Juli zur Bezahlung von Lebensmittelankäufen, die im Auslande gekauft werden müssen, erforderlich sei, deren Begleichung gefordert, und erst für die weiteren Raten Aussicht auf Stundung eröffnet.

Am Devisenmarkt machte deswegen die schon gestern nachmittag sich zeigende Befestigung Fortschritte, so daß der Dollarkurs wieder bis 475 anzog und auf diesem Stand hin- und herwechselte.

Am Effektenmarkt setzte sich die bereits nachbörslich eintretende Erholung fort bei durchschnittlichen Kursbesserungen von 20—50 %, für einige Werte bis 80 %. Das Geschäft war nur anfangs etwas lebhafter. Weiterhin war ein beträchtliches Nachlassen wahrzunehmen, was wesentlich auch auf die Zurückhaltung des Privatpublikums wegen der ungeklärten politischen Lage zurückzuführen ist. Dies war auch der Hauptgrund für die am Einheitsmarkt sich zeigende geringe Unternehmungslust, wo sich die Kursbesserungen mit den Rückgängen ziemlich die Wage hielten. Auch im Großverkehr waren einige nicht besonders ins Gewicht fallende Kursnachlässe festzustellen. In Valutapapieren stellten sich Mexikaner wesentlich höher. Türkische und ungarische Rentenpapiere setzten die gestrige Kurssteigerung nur in bescheidenem Rahmen fort.

Kehler Warenbörse.

t. **Kehl**, 14. Juli. Die Börse war heute gut besucht. Allerdings wurden infolge des französischen Nationalfestes die elsässischen Geschäftsleute vermißt. Im Einklang mit den neuerdings wieder erhöhten Devisenkursen sind die in den letzten Tagen zurückgegangenen Preise auf dem Getreidemarkt wieder auf die Höhe der Vorwoche hinaufgeschnellt. Die Nachfrage in Weizenmehl, Weizen, Hafer, Mais u. a. Futtermitteln war äußerst rege. Die Umsätze waren ziemlich lebhaft. In Kirschwasser, Obst- und Mischbranntwein übersteigt der hohen Preise wegen das Angebot die Nachfrage.

Industrien / Handel / Verkehr.

Industrien.

Zusammenschluß Karlsruher Brauereien. Die Brauereigesellschaft vorm. S. Moninger in Karlsruhe, die in letzter Zeit zwei Ausdehnungs-Transaktionen durchführte — 1920 Uebernahme der Brauerein Eglau in Durlach und im Februar d. J. Erwerb eines großen Aktienposten der Huttenkreuzbrauerei in Ettlingen — steht im Begriffe, eine weitere Ausdehnung durchzuführen, durch Fusion mit der Union-Brauerei A.-G. in Karlsruhe, worüber eine a. o. G.-V. (11. August) beschließen soll. Die Unionbrauerei soll als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation auf die Moninger-Brauerei übergehen, die auch sämtliche Beamte und Arbeiter der Unionbrauerei übernimmt. Die Moninger-Brauerei hat gegenwärtig ein Aktienkapital von Mk. 9 Mill., eingeteilt in Mk. 8,50 Mill. Stammaktien und Mark 0,50 Mill. 6 prozentiger Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht, nachdem es im Februar d. J. um Mk. 5,30 Mill. Stammaktien — davon ein Teil den alten Aktionären zu 140 % angeboten — und um Mk. 300 000 Vorzugsaktien erhöht worden war. Die Dividende der Gesellschaft, die sechs Jahre hintereinander je 7½ % betragen hatte, stellte sich dann in 1919/20 auf 7 % und für das am 30. Sept. abgelaufene Geschäftsjahr 1920/21 auf 8 %. Die Unionbrauerei hat ein Aktienkapital von Mark 800 000, auf das eine mäßige Dividende entfiel, sie stellte sich lange Jahre hindurch auf nur 2 % und stieg dann 1920/21 auf 4 %.

Scholl-A.-G. in Pforzheim. Die Generalversammlung der Gesellschaft beschloß die Abänderung der Firmierung in Scholl-A.-G. Aus einem Reingewinn von 1 723 682 Mark, der sich nach 2,14 Millionen Mark Abschreibungen im vergangenen Geschäftsjahre erübrigte, wurde die Verteilung einer Dividende von 15 % genehmigt. Der gesetzlichen Rücklage werden 150 000 Mark zugewiesen. Der Rest von 117 682 Mark wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Der Vorschlag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 5 Millionen Mark Stamm- und 0,5 Millionen Mark 6prozentige Vorzugsaktien, ausgestattet mit achtfachem Stimmrecht, auf 10,5 Millionen Mark fand Zustimmung. Von einem Bankkonsortium werden die neuen Stammaktien zu 120 % und die Vorzugsaktien zum Nennwert mit der Verpflichtung übernommen, 2,5 Millionen Mark den alten Aktionären im Verhältnis von 2 : 1 zu 135 % anzubieten. Der Rest der jungen Aktien wird zur freihändigen Emmission gebracht, wobei die Gesellschaft mit 75 % am Gewinn beteiligt sein soll. Das neue Geschäftsjahr hat sich bis jetzt zufriedenstellend entwickelt.

Die Badische Tabakbau- und Verwertungs-A.-G. Kork hat mit dem Verkauf ihrer großen Vorräte an Tabak begonnen. Große Posten wurden dieser Tage zum Preise von 3000 Mk. pro Zentner abgestoßen.

Metallschmelzwerk Rheinau A.-G. in Mannheim-Rheinau. Von der Firma Gebr. Heppenheimer in Frankfurt a. M. wurde das von ihr betriebene Metallschmelzwerk Rheinau, Mannheim- Rheinau, in eine Aktiengesellschaft mit obiger Firmierung umgewandelt.

Pfälzische Mühlenwerke A.-G. in Mannheim. Die auf 28. Juli einberufene Generalversammlung wird über den Vorschlag der Verwaltung auf Verteilung einer Dividende von 25 % (12) und Erhöhung des Aktienkapitals zu beschließen haben.

Pfalzwerke A.-G. in Ludwigshafen a. Rh. Der auf 29. Juli einberufenen Generalversammlung wird von der Verwaltung eine Kapitalserhöhung von 30 auf 60 Millionen Mark vorgeschlagen. Die Ausgabe von 70 Millionen Mark Teilschuldverschreibungen, zu 5 % verzinslich, ist ebenfalls geplant und wird der Generalversammlung zur Genehmigung vorgelegt. Im vergangenen Geschäftsjahre wurde eine Dividende von 6 % zur Verteilung gebracht.

Gummiwerke Neckar-A.-G. Friedrichsfeld. Der ersten ordentlichen Generalversammlung wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 Millionen Mark auf 16 Millionen Mark vorgeschlagen.

Jura-Oelschieferwerke-A.-G. in Stuttgart. Die Gesellschaft, deren erstes Geschäftsjahr mit einem Verlust von 646 216 Mark abschloß und die mit einem Grundkapital von 16 Millionen Mark arbeitet, beschloß, der auf 28. Juli ds. Js. einberufenen Generalversammlung eine Kapitalserhöhung um einen noch ungenannten Betrag in Vorschlag zu bringen. Der Württembergische Staat ist an dieser Gesellschaft durch Beteiligung stark interessiert.

Bau- und Brennstoff-Industrie-A.-G. in Stuttgart. Wie die Gesellschaft mitteilt, ist die am 23. Mai ds. Js. beschlossene Kapitalsverdoppelung auf 8 Millionen Mark jetzt durchgeführt. Die neuen 4000 Stück Inhaberstammaktien zu je 1000 Mark werden den alten Aktionären zum Kurse von 110 % zum Bezuge angeboten.

Teinacher Holzindustrie A.G. in Teinachtal. Die bisherige offene Handelsgesellschaft wurde mit einem Grundkapital von 3,5 Millionen Mark in eine A.G. umgewandelt.

Holzverwertungs-A.G. in Worms. In der außerordentlichen Generalversammlung der zu Beginn dieses Jahres neugegründeten Gesellschaft wurde der Verwaltung die Ermächtigung erteilt, die Mannheimer Holzwollefabrik Leo Prager in Mannheim, das Säge- und Hobelwerk Heideck in Mittelfranken und die Hessische Möbelfabrik V. Eisemann, Köhler & Co. G. m. b. H. in Darmstadt anzukaufen. Zu diesem Zwecke wurde eine Kapitalserhöhung um 6,5 auf 13 Millionen Mark durch Ausgabe von 6500 Stammaktien beschlossen. Die jungen Aktien werden von einem Bankkonsortium mit der Verpflichtung übernommen, sie nicht unter dem Kurse von 135 Proz. den alten Aktionären im Verhältnis von 1 : 1 anzubieten. Neu hinzugewählt zum Aufsichtsrat wurden Direktor Leiz (Worms) und Direktor Becker (Worms).

Artes-Verlag A.-G. in München. Die Gesellschaft konnte in ihrem ersten Geschäftsjahr einen Reingewinn in Höhe von 350 313 Mark erzielen, aus dem erstmalig eine Dividende von 18 % zur Ausschüttung gelangen soll.

Baldur Pianoforte-Fabrik-A.-G. zu Frankfurt a. M. Von der Gesellschaft wird auf 15. August ds. Js. eine Generalversammlung einberufen, die über den Vorschlag der Verwaltung wegen Aufkauf der Pianofortefabrik Ludwig Edenhofer in Seggendorf zur Erweiterung der Seggendorfer Zweigniederlassung der Gesellschaft zu beschließen haben wird.

Schiffahrt.

Der neue Dampfer „Sachsen". Vor kurzer Zeit lief das vierte Schiff der neuen Länderklasse der Hamburg-Amerika-Linie, der Dampfer „Sachsen" auf der Werft des Bremer Vulkan vom Stapel. Wie seine Vorgänger, die schon in Fahrt befindlichen Schiffe „Bayern", „Württemberg" und „Baden" ist auch dieses Schiff, das vom sächsischen Staatspräsidenten getauft wurde, nach der höchsten Klasse des Germanischen Lloyd gebaut und mit allen neuzeitigen Einrichtungen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See versehen. Der 142 Meter lange Neubau verfügt über einen Raumgehalt von 9000 Tons und vermag 12 400 Tonnen Ladung zu befördern. Seine Maschinenanlage, die für Oel- und Kohlenfeuerung eingerichtet ist, entwickelt 3700 Pferdekräfte, die dem Schiff eine Geschwindigkeit von 12 Seemeilen in der Stunde verleihen. Besondere Sicherheitseinrichtungen sind die acht bis zum Hauptdeck reichenden wasserdichten Schotten, Eisenverstärkung, durchlaufender Doppelboden und Feuerlöschanlagen modernster Konstruktion. H.

Verschiedenes.

Uebersee-Woche in Hamburg. Das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv wird in den Tagen der Uebersee-Woche seine Sammlung von nahezu 800 Zeitungen und Zeitschriften, Adreßbüchern, Statistiken, Handelskammer- und Konsulatsberichten, Nachschlagewerken, Atlanten, Codes, Lexika usw. aus allen Ländern der Welt in der großen Halle des Hotels Atlantic allgemein zugänglich machen.

Die Preisstelle des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Teuerungszuschläge mit Wirkung vom 14. Juli im Durchschnitt um 30 % zu erhöhen.

Kapitalserhöhungen. Pfalzwerke A.-G. in Ludwigshafen a. Rh. weitere Verdoppelung auf Mk. 60 Mill., ferner Ausgabe neuer Mk. 70 Mill. 5 prozentiger Obligationen (bisher Mk. 60 Mill.) Die letzte Dividende betrug 6 %. — Süddeutsche Metallindustrie um Mk. 10 auf 14 Mill. (Letzte Dividende 8 %.)

Stimmen aus dem Publikum

Zur Milchversorgung.

Man schreibt uns:

Nach den Berichten über die Stadtratssitzung vom 27. Juni ds. Js. hat der Stadtrat von Karlsruhe gegen die Anordnung der Badischen Landesversorgungsstelle vom 21. Juni ds. Js. Beschwerde an das Ministerium des Innern erhoben. Die Landesversorgungsstelle hat nämlich bestimmt, daß die beiden Gemeinden Sulzfeld und Gemmingen, die seit dem Jahre 1878 ununterbrochen ihre Milch nach Karlsruhe geliefert haben, künftig an die Stadt Mannheim liefern sollen. Bei dieser Gelegenheit erfährt man wenigstens etwas über die Tätigkeit der Landesversorgungsstelle. Was sagt indessen die Landesversorgungsstelle zu der Tatsache, daß einem Händler von Diersheim etwa 140 Pfund Butter in Neufreistett beschlagnahmt worden sind, die nach Baden-Baden verschoben werden sollten? Da ich dem Bezirk Kehl entstamme, ist mir bekannt, daß Mannheim aus den Gemeinden des Kehler Bezirkes Milch erhält. Hat die Landesversorgungsstelle nun geprüft, ob im Bezirke Kehl nicht größere Mengen Milch für Mannheim beschafft werden könnten, sei es, daß die Herstellung von Butter in den Molkereien eingeschränkt würde, sei es, daß die Gemeinden, die der Bewirtschaftung durch die Landesversorgungsstelle längst entglitten sind, nun wieder zur Milchlieferung an Mannheim angehalten werden. Alsdann bräuchten andere Städte nicht in ihrer Milchversorgung eingeschränkt zu werden, wenn Mannheim besser versorgt werden soll. Die Milchverbraucher der Stadt Karlsruhe schädigen sich selbst, wenn sie diese Milchversorgungsmaßnahmen der Landesversorgungsstelle unbeachtet lassen. — n. —

Sie sparen wirklich nicht

wenn sie lose Gerste kaufen, um ein paar Pfennige weniger auszugeben. Einfach gebranntes Getreide ist kein Malzkaffee und Malzkaffee schlechthin noch lange nicht „Kathreiners Malzkaffee". Wer aber sicher gehen will, daß Preis und Güte im richtigen Verhältnis stehen, wer nicht nur billig, sondern auch gut kaufen will, der wähle den seit über 30 Jahren bewährten „Kathreiners Malzkaffee" als tägliches Hausgetränk.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	13. Juli	14. Juli
Badische Bank	541.—	—.—
Darmstädter Bank	287.—	286.—
Deutsche Bank	500.—	486.—
Diskonto Commandit	393.—	394.—
Dresdener Bank	295.—	291.—
Mitteld. Creditbank	251.—	251.—
Oesterr. Länderbank	62.—	63.—
Pfälzische Bank	50.—	50.—
Rheinische Creditbank	250.—	238.—
Südd. Diskonto-Ges.	300.—	300.—
Wiener Bankverein	48.—	50.—
Württbg. Notenbank	572.—	—.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	—.—	—.—
Gelsenkirchen	1176.	1180.
Harpener	2125.	2130.
Laurahütte	2080.	2125.
Aschaff. Zellstoff	825.—	850.—
Grün & Bilfinger	612.—	—.—
Zementw. Heidelberg	750.—	750.—
Bad. Anilin	795.—	810.—
Scheideanstalt	1010.	1075.
Höchster Farben	709.—	730.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	370.—	386.—
Gebr. Junghans	480.—	474.—
Adler & Oppenheimer	1450.	1400.
B. Masch. Badenia	675.—	570.—
Maschfabr. Durlach	751.—	812.—
Maschfabr. Gritzner	1430.	1400.
Haid & Neu	800.—	750.—
Maschfabr. Karlsruhe	800.—	815.—
Oberursel	605.—	660.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	450.—	450.—
Elsässer Baumwolle	—.—	998.—
Spinnerei Ettlingen	1390.	1480.
Uhrenfabr. Furtwang.	901.—	—.—
Waggon-Fabrik Fuchs	638.—	640.—
Zellstoff Waldhof	710.—	775.—
Zuckerfabr. Waghäusel	730.—	710.—
Zuckerfabr. Frankenth.	700.—	710.—
Benz Motoren	480.—	555.—
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	675.—	672.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	13. Juli	14. Juli
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	—.—	—.—
5% III „ „	100.75	100.60
4½ IV—V „	87.25	87.25
4½ VI—IX „	73.50	73.50
4½ 1924er „	94.75	94.50
5% Deutsch. Reichsanl.	77.50	75.50
4% „ „	120.—	177.50
3½% „ „	95.—	93.—
3% „ „	189.—	188.—
Deutsche Prämienanl.	79.80	79.70
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ „ 1922	99.50	99.60
4% Preußische Konsols	80.30	79.50
3½% „ „	68.—	69.—
3% „ „	79.50	79.25
4% Bad. Staatsanl. 06/14	74.25	73.25
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	459.50	450.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	1355.	1450.
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	1560.	1550.
Deutsch-Australien	510.—	528.—
Hamburger Paketfahrt	444.—	455.—
Hambg.-Südamerika	746.—	750.—
Hansa D.-Schiffahrt	351.—	363.—
Norddeutscher Lloyd	311.—	328.—
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	515.—	520.—
Darmstädter Bank	288.—	288.—
Deutsche Bank	499.—	491.50
Diskonto-Commandit	396.—	394.—
Dresdener Bank	298.—	295.—
Nationalbank	291.—	251.—
Oesterr. Credit	60.⅔	65.50
Reichsbank	210.—	210.—

Industrie-Papiere	13. Juli	14. Juli
Accumulatoren	1095.	1135.
Adlerwerke	460.50	518.—
Alexanderwerke	455.—	452.—
A. E. G.	760.—	710.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1603.	1685.
Augsburg-Nürnberg	900.—	902.—
Badische Anilin	805.—	800.—
Bergmann Elektrizität	570.—	590.—
Berl. Anh. Maschinen	550.—	565.—
Berliner Maschinen	1020.	1035.
Bing Nürnberg	515.25	526.—
Bismarckhütte	—.—	—.—
Bochumer Guß	1180.	1250.
Gebrüder Böhler	1375.	—.—
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	662.50	691.—
Chem. Griesheim	820.—	808.—
Chem. Albert	1540.	1315.
Daimler Motoren	430.—	447.—
Dessauer Gas	580.—	570.—
Deutsch-Luxemburg	1080.	1100.
D. Eisenbahn S. W.	520.—	501.—
Deutsch Erdöl	2560.	2550.
Deutsches Kali	1939.	1920.
Deutsche Waffen	1450.	1500.
Deutsch Eisenh.	579.—	570.—
Dynamit Trust	691.—	701.—
Elberfelder Farben	708.—	724.—
Eschweil. Bergwerke	895.—	870.—
Feldmühle Papier	610.—	600.—
Felten & Guilleaume	835.—	845.—
Filter Brautechnik	1800.	1800.
Gaggenau	805.—	850.—
Gasmotoren Deutz	765.—	785.—
Gelsenkirchen	1141.	1176.
Genschow	576.—	600.—
Goldschmidt	840.—	—.—
Gritzner Maschinen	1431.	—.—
Hannover Maschinen	3325.	3510.
Hannover Waggon	680.—	—.—
Harpener	2060.	2060.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	775.—	835.—
Höchster Farben	695.—	711.—
Hösch Eisen	1230.	1290.

	13. Juli	14. Juli
Hohenlohe	743.—	775.—
Kali Aschersleben	1080.	1095.
Maschfabr. Karlsruhe	810.—	800.—
Ver. Köln.-Rottweil	850.—	876.—
Kostheimer Cellulose	730.—	780.—
Kyffhäuser	405.—	450.—
Lahmeyer Co.	401.—	404.—
Laurahütte	2105.	2075.
Lindes Eismaschinen	715.—	674.—
Ludwig Löwe	970.—	1005.
Lothringer Zement	738.—	750.—
Mannesmann	1050.	1100.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	901.—	900.—
Oberschl. Eisenindustr.	645.—	686.—
Oberschl. Kokswerke	1510.	1560.
Orenstein & Koppel	1030.	1059.
Phönix Bergwerke	1201.	1270.
Rheinisch Metall	454.25	425.—
Rheinisch Stahl	1051.	1135.
Rombacher Hütte	550.—	578.—
Rütgerswerke	675.—	680.—
Sachsenwerke	600.—	500.—
Schuckert & Co.	684.—	720.—
Siemens & Halske	1050.	1050.
Sinner Brauerei	642.—	630.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1450.	1500.
Stollberger Zink	1150.	1205.
Türkischer Tabak	—.—	—.—
Varziner Papier	770.—	750.—
Vereinigt. D. Nikel	1295.	1290.
Vereinigt. Glanzstoff	2360.	2445.
Vereinigt. Stahl Zypen	3900.	4000.
Wanderer Fahrrad	1451.	1500.
Westeregeln Alkali	1425.	1452.
Zellstoff Waldhof	760.—	750.—
Otavi Minen	—.—	—.—
Otavi Genuß	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	2175.	2200.
Pomona	11000.	11200.
Kollmar & Jourdan	1200.	1150.
Hacketal Draht	—.—	650.—
Lothringer Hütten	870.—	855.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 14. Juli.

	13. Juli. Geld	13. Juli. Brief	14. Juli. Geld	14. Juli. Brief
Antwerpen-Brüssel	3321.60	3328.40	3658.80	3666.20
Holland	16620.8	16644.2	18256.70	18293.30
London	1918.—	1922.—	2087.90	2092.10
Paris	3556.40	3563.60	3851.10	3858.90
Schweiz	8261.70	8278.30	8941.—	8959.—
Spanien	6783.20	6796.80	7312.60	7327.40
Italien	1978.—	1982.—	2097.90	2102.10
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	9390.60	9409.40	9965.—	9985.—
Norwegen	7167.80	7182.20	7567.50	7582.50
Schweden	11401.	11424.	11888.10	11911.90
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	436.25	437.25	457.50	458.50
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.58	1.62	1.60½	1.64½
Budapest	33.71	33.79	35.46	35.54
Prag	924.—	926.—	1043.90	1051.10

w. Berlin, 14. Juli.

	13. Juli. Geld	13. Juli. Brief	14. Juli. Geld	14. Juli. Brief
Rotterd.-Amsterd.	16529.30	16570.7	18177.25	18200.
Brüssel	3425.70	3434.30	3570.50	3579.10
Christiania	7016.20	7033.80	7730.30	7749.70
Kopenhagen	9313.30	9336.70	9997.45	10022.5
Stockholm	11136.—	11214.	12084.85	12115.1
Helsingfors	858.90	861.10	958.80	961.20
Italien	1985.—	1990.—	2067.40	2072.60
London	1935.05	1939.95	2052.40	2057.60
Newyork	439.45	440.55	456.92	458.08
Paris	3615.45	3624.55	3755.30	3764.70
Schweiz	8439.40	8460.60	8813.95	8836.05
Spanien	6826.45	6843.55	—.—	—.—
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.55½	1.59½	1.58	1.62
Prag	868.90	871.10	1088.60	1091.40
Budapest	33.95	34.05	34.85	34.95
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	269.65	270.35	294.60	295.40
Buenos-Aires	156.80	157.20	163.27½	163.72½
Japan	—.—	—.—	7141.05	7158.95
Rio de Janeiro	—.—	—.—	61.92	62.08

Abenddevisen.

Frankfurt, 14. Juli.

Brüssel	3600	Paris	3850
Holland	18000	Italien	—
London	2080	Neuyork	470
Schweiz	9000		

Tendenz: befestigt.

w. Zürich, 14. Juli.

	13. Juli	14. Juli
Holland	202.70	202.75
Deutschland	1.25	1.11
Wien	0.02	0.01¾
Prag	11.—	11.—
Paris	43.10	42.65
London	23.19	23.16
Italien	23.60	23.60
Brüssel	41.20	40.80
Budapest	0.40	0.42½
Newyork	522.50	522.—
Agram	1.55	1.55
Warschau	0.09½	0.09½
Kopenhagen	112.50	112.40
Stockholm	135.—	135.25
Christiania	85.50	86.—
Madrid	81.30	81.25
Buenos-Aires	186.50	186.50
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	a) vorbörsl.	b) nachbörsl.
Holland	176—190	177—185
Schweiz	8700—9350	8750—9100
Paris	3700—4000	3750—3900
Belgien	3500—3800	3600—3700
London	2000—2165	2025—2110
Neuyork	450—488	455—475
Italien	2100—2250	2125—2225
	Tendenz: schwankend.	Tendenz: schwankend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

WELT-KINO Kaiserstraße 133.
Edie Polo I. Teil **Edie Polo**
Der geheimnisvolle Dolch.

Bekanntmachung.

Das Allgemeine Leichenfeld XXIV des Hauptfriedhofs, auf welchem in der Zeit vom 5. Februar 1901 bis 20. Juni 1902 die Leichen erwachsener Personen beigesetzt wurden, kommt mit Wirkung vom 15. September 1922 zur Umgrabung.

Alle auf diesem Felde befindlichen Grabdenkmale, Einfassungen usw. sind sofort durch die Eigentümer zu beseitigen, widrigenfalls diese Arbeit von uns vorgenommen werden wird.

Wer die Verschonung eines Grabes auf die Dauer einer weiteren Umgrabungsfrist erlangen will, wolle dies bis zum 15. September ds. Js. auf dem Friedhofbüro, Karl-Wilhelmstr. 55, anmelden, woselbst ihm die Bedingungen, unter welchen die Verschonung gestattet wird, mitgeteilt werden.

Karlsruhe, den 12. Juli 1922.

Städt. Gartenamt.

Verbands-Fohlenweide Rastatt.

Die Eröffnung der Weide erfolgt Dienstag, den 25. Juli 1922.

Bedingungen und Anmeldeformulare sind bei der Weideverwaltung, Herrenstraße 19, erhältlich.

Rastatt, den 10. Juli 1922.

Verband mittelbad. Pferdezuchtgenossenschaften.

Aufruf!

Auch in diesem Jahre zeigen sich die großen Schäden, die der Krieg und seine Folgen der Gesundheit unserer Kinder zugefügt hat, in ganz erheblichem Maße. Tausende von Kindern sind kränklich oder erholungsbedürftig. Um der größten Not zu steuern, sollten im Laufe dieses Sommers etwa **3000 Kinder aus allen Schichten der Bevölkerung und aus allen hiesigen Schulen zur Kräftigung ihrer Gesundheit in Kinder-Erholungsheime ausgesandt werden.**

Die Kindererholungsfürsorge ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit.

Zur Durchführung dieses großen für die Zukunft unseres Volkes so bedeutenden Werkes sind mehr als **3 Millionen Mark** nötig.

Die Zuschüsse von Staat und Gemeinde und die Beiträge der Eltern reichen nicht aus, um alle Kosten zu decken.

Darum ergeht der ernste Mahnruf an Alle:

Helft die Gesundheit unserer Jugend zu erhalten!

Männer und Frauen, Körperschaften und Vereine tretet unserem Verein als Mitglied bei und unterstützt dadurch unsere gute Sache. Jedem ist es überlassen, die Höhe seines Jahresbeitrags selbst festzusetzen.

Auch einmalige Spenden werden dankbar angenommen.

Stiftet Kleider, Unterwäsche usw. für arme Kinder.

Groß ist die Not!

Unsere Mitbürger, die stets ein gutes Herz für unsere Bestrebungen hatten, werden auch in diesem Jahre nicht versagen und uns ihre Hilfe angedeihen lassen zum Wohle unserer heranwachsenden Jugend. Mitgliederbeiträge und Spenden bitten wir entweder auf unserer Geschäftsstelle einzuzahlen oder auf unser Konto bei der Vereinsbank oder unser Postscheckkonto Nr. 29 567 beim Postscheckamt Karlsruhe zu überweisen.

Verein Jugendhilfe Karlsruhe E. V.

Geschäftsstelle: Kreuzstraße 15. Teleph. 5316—5318.

Bekanntmachung.

Infolge der weiter gestiegenen Teuerung werden die nachstehenden Gebühren wie folgt erhöht:

1. mit sofortig. Wirkung
   a) Abgabe v. Straßenkehricht für 1 cbm 15 ℳ bzw. f. 1 Fuhre 45 ℳ ab Bauhof,
   b) Abgabe von Klärschlamm für 1 Kippwagen von ½ cbm 20 ℳ ab Werk,
   c) Planeinsichtnahme auf dem Hausentwässerungsbüro für 1 Plan 8 ℳ,
   d) Abgabe von Grubendünger
      1. innerhalb Karlsruhe u. Vororten für 1 Faß von 2½ cbm 75 ℳ,
      2. nach Durlach, Aue und Hagsfeld für 1 Faß von 2½ cbm 150 ℳ.
2. mit Wirkung vom 1. Juli ds. Js.
   a) Kontrolle der Abortkläranlagen 30 ℳ jährlich.
   b) Reinigung v. Hausentwässerungsanlagen, für 1 Entwässerungsteil 60 ℳ,
   c) Sonderleistungen b. der Müllabfuhr:
      1. Entleeren v. Gefäßen, die in rückliegenden Grundstücksteilen aufgestellt sind, für 1 Grundstück 450 ℳ jährlich,
      2. Abholen von Gewerbeabfällen für 1 Grundstück: bei Aufstellung d. Gefäße zunächst d. Straße 900 ℳ, bei Abholung im Hof 2c. 1400 ℳ jährlich.
      3. Für Abholen von Müll aus Gruben und Lagerplätzen werden die Selbstkosten zuzüglich d. geordnet. Verwaltungszuschläge berechnet.

Karlsruhe, 12. Juli 1922.

Städt. Tiefbauamt.

Pfänderversteigerung

Am **Mittwoch, den 19. Juli 1922, vormittags von 9 Uhr an,** findet im Versteigerungslokal des Leihhauses, Schwanenstr. 6, 2. Stock, die **öffentl. Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 34400** bis mit **Nr. 36976** gegen Barzahlung statt.

Das Versteigerungslokal wird ½ Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.

Die Kasse bleibt am Versteigerungstage geschlossen.

Karlsruhe, 7. Juli 1922.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Freibank

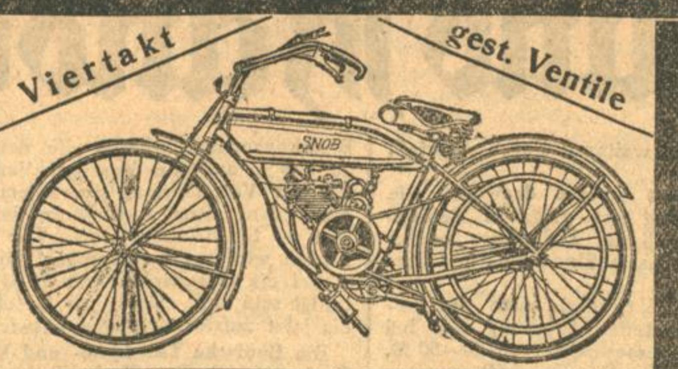
Fleischabgabe

Montag, 9—10 Uhr: Nr. 3951—4070.

Das Bankhaus
Veit L. Homburger
Karlstraße 11 **Karlsruhe** Karlstraße 11
Telefon: Ortsverkehr: 35, 36, 4391, 4392, 4393 Fernverkehr: 4394, 4395, 4396, 4397.
besorgt alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Dr. Ufer
Klauprechtstr. 34
ab heute verreist.

Bad. Rote Kreuz-Geld-Lotterie
Ziehung 21. Juli 1922
37000
20000
Lose 3.60 M. Porto u. Liste extra b. Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer
Mannheim O. 7. 11
und allen Losverkäufern.
Postscheck-Konto Karlsruhe 17043

Viertakt gest. Ventile

Snob-Leichtmotorrad
Snob-Einbau-Motore
1,75 PS
Die elegante, zuverlässige, schnelle und sparsame Tourenmaschine
Hervorragender Bergsteiger
Viele Siege in schweren Rennen.
Vertreter in Karlsruhe: Georg Mappes, Karl-Friedrichst. 20

Empfehlungen

Ihr Paßbild
in wenigen Minuten nur im Photograph. Atelier. Herrenstr. 38.

Schirmreparaturen, Neu-Ueberziehen
schnell, preiswert, tadellos
L. Müllers Schirmfabrik,
20 Herrenstraße 20.

Sandalen
in versch. Ausführungen. schwarz und braun in Ia Qualität
preiswert.
Reformhaus Neubert
Kaiserstraße 118.

Steppdecken
sehr billig
in Ia Satin
mit Halbwoll-Füllung
„ Woll- „
„ weißer Schafwoll-Füllung
„ Daunen- „
Reformhaus Neubert
Kaiserstraße 118.

Billige, gute Weine
Hotel Sonne.

Obstkörbe
jed. Quantum, empfiehlt billigst
J. Heß, Karlsruhe, Kaiserstraße 123.

Kräuterkäse Marke HB wird jetzt wieder in allerbester Friedensware weich und in Spundenform angefertigt und ist in Delikatessgeschäften, Kolonialwarenhandlungen und Konsumvereinen zu haben.
Alleiniger Fabrikant **Heinrich Bort, Wangen** i. A.

Mit „Effax“ putzen ist 'ne Lust.
Ach hätt' ich's früher schon gewußt,
Drum rat ich jeder Hausfrau gerne,
Daß sie es auch bald kennen lerne.
„Effax“
der ideale Schuhputz.
Fabrikanten
Chem. Fabrik Effax, Bensheim (Hessen).

Wald Heil!
Wanderungen in die nähere und weitere Umgebung von Karlsruhe und in den Schwarzwald
Neue Folge
Von E. Weiner
Taschenformat / In starkem Umschlag
Mit vier zweifarbigen Uebersichtskarten
Preis Mk. 5.—, ohne Karten Mk. 4.—
und Buchhändlerzuschlag
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Residenz-Lichtspiele
Waldstrasse 30 Telephon 5111.
Ab Samstag, den 15. Juli bis einschl. Dienstag, den 18. Juli:
Des Lebens und der Liebe Wellen
6 Akte.
In den Hauptrollen:
Fern Andra, Leopold von Ledebour Heinz Sarnow.
Die Scheidungsfalle
Lustspiel in 2 Akten.
In den Hauptrollen:
Heinz Sarnow, Erna Alberti Ida Vane.
Nur in den Werktag-Nachmittags-vorstellungen:
Im Wasser und unter der Erde
(Das Panzergeschoß)
6 Akte.

„Zum Landsknecht“
Zirkel 31
Heute Schlachttag.
Sonntag abend v. 4—6 u. 8—11 Uhr
Konzert.

Wiener Hof
Hotel, Konzert- u. Weinrestaurant
Fasanenstraße 6 Telephon 849.
Täglich mittags von 12—2 Uhr u. abends bis ½12 Uhr
Künstler-Konzert
Mittagstisch (auch im Abonn.), Abends Soupé 35 Mk
Vorzügliche Weine — Flaschenbiere a. d. Pschorrbräu München
Sehenswerteste Lokalität d. Landeshauptstadt. Emil Späth.

„Zum Rheingold“
Waldhornstraße 22.
Gut bürgerliches Restaurant
Bekannt durch seine
vorzügl. Weine u. gute Küche.
Schrempp-Printz-Bier. — Eig. Schlachtung.

Bestecke, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasiergarnituren, Geschenk-Artikel u. s. w.
empfiehlt in großer Auswahl
Karl Hummel, Werderstr. 13,
Stahlwarengeschäft. Rasiermesserhohlschleiferei.

Ach, hätte ich das gewußt?
seufzt mancher, dem ein Mißgeschick widerfahren ist. Der Druck des Schicksals reißt oft tiefe Wunden in die Menschenseele hinein. Sorgen, Fehlschläge, Verluste. Herzenskummer usw. können Sie vermeiden, wenn Sie sich vorzeitig über Ihr Schicksal informieren, um es bemeistern zu können. Wir sind in der Lage, bei Angabe Ihrer Geburtszeit Ihnen Ihr ganzes Lebensschicksal, von der Wiege bis zum Grabe wahrheitsgetreu zu entrollen. Viele Warnungen können Sie eventuell vor einem Unglück retten. Bitte senden Sie uns Ihren Geburtsdatum, sowie Mk. 20.— ein, worauf Sie näheres erhalten werden.
Institut für Astrologie, Berlin SW. 68. — B. 34.

Bucherer
empfiehlt
Hafer-Kakao
mit
Zucker
in ½ Pfund-Dosen.
Bucherer
in sämtlichen Filialen.

Schuhwaren
Kein Laden
Herrenstraße 16 bei der Kaiserstr., 1 Treppe
alle Sorten Schuhe.
Sandalen, Lasting, Tuch- u. Lederpantoffel noch zu billigen Preisen.
Ebenso noch 1 Posten **Kindersandalen** bis Gr. 35 für die Ferienzeit
noch zu alten Preisen.
R. Maier.

Städtisch. Konzerthaus
Gesamtgastspiel des Neuen Operettentheaters Bonn
Leitung: Direktor Adalbert Steffter.
Heute Samstag, abends 7½ Uhr
Apachen.
Operette in 3 Akten von Benatzky.
In Szene gesetzt von Direktor Steffter.
Morgen Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachmittags 3½ Uhr
Familien- und Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen:
Apachen.
Abends 7½ Uhr
Apachen.
Montag, den 17. Juli, abends 7½ Uhr
Vorstellung für Verein „Volksbühne“ O 1
Das Glücksmädel.
Zu dieser Vorstellung sind Karten noch an der Abendkasse erhältlich.
Dienstag, den 18. Juli und täglich abends 7½ Uhr
Apachen.

Das Gold im Meer.

Von Ernst Klein.

Copyright by Albert Goldschmidt (Berlin.)

(63) (Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Wie ein Einbrecher schlich Lewin ins Haus hinein. Wie ein Einbrecher horchte er an allen Türen, die in die Halle gingen — kein Laut!

Da von unten, aus dem Tresorgewölbe — —!

Ein fürchterliches Grinsen verzerrte sein Gesicht. Seine schwarzen Augen glühten und glühten.

Auf den Zehenspitzen kroch er die Treppe hinunter.

Dann sah er die beiden durch die weit offen stehende Tür des Tresors.

Leah kniete vor einer der Kisten und reichte Arnold mehrere Perlenketten, die er in eine große Handtasche warf.

Wortlos arbeiteten sie, fieberhaft, gehetzt von ihrer bösen Tat — — —

Mit all seiner Kraft warf sich Lewin gegen die schwere Türe — — — — Sie fiel zu — — — —

Von der Straße schwoll wilder Lärm herauf. Mit Hennigs an der Spitze kam ein Haufe dahergestürmt. Sie schrien, johlten, brüllten, Mord- und Zerstörungsluft in den gemeinen Gesichtern — — —

Her mit dem Gold!

Der Alte im Keller lauschte. Dann lachte er leise auf. Huschte kichernd über die Treppe hinauf — in die Halle — in den ersten Stock — — — wirtschaftete da herum, dort — — —

Glitt dann wie ein Schatten in den Garten. Zerfloß in der Nacht — —

Hellauf schlugen die Flammen aus dem Hause, fraßen sich rasch groß und stark an den Teppichen und Seidenmöbeln. — — —

Von der Bendlerstraße herauf kam das Militär — —

Ein Schuß krachte, ein zweiter — — —

Und unten im Tresor schrien zwei junge Menschenleben ihre Verzweiflung des sicheren Todes gegen die Stahlwände — — —

— — — — — — — — —

Die ganze Nacht hatte Vollmar regungslos in dem kleinen bescheidenen Hotelzimmer Milans gesessen. Weder dieser noch Renate hatten es gewagt, ihn zu stören. Er saß und saß, und als der Morgen kam, war er ein gebrochener Mann.

„Ich will nach Holterhus zurück“, sagte er dann endlich. „Mein Werk ist aus. Ich muß ein Ende machen dort oben.“

„Vater, was willst du?“ schrie Renate.

„Nicht das, was du fürchtest, mein Kind. Dazu bin ich doch zu stolz. Aber die Leute entlassen. Die Maschinen müssen zerstört werden — — —“

„Das werden Milan und ich alles besorgen, Vater. Du bleibe hier.

Aber er war nicht zu halten. Milan machte übrigens gar keinen Versuch. Er wußte es besser — ein so stolzes Leben, das so kläglich zerschellt. — — —

Gegend Abend reiste Christian Vollmar nach Kopenhagen ab. Er hatte seinem Kinde Lebewohl gesagt für immer.

Zehn Tage später klopfte Hermann an die Türe des Zimmers. Er brachte den Abschiedsgruß des Meisters.

Vollmar schrieb:

Meine geliebten Kinder!

Wenn euch der treue Hermann diesen Brief bringt, ist mein schönes Goldbergwerk nicht mehr. Wir haben es mit all seinen Maschinen, Röhren und Kesseln in die Luft gesprengt. Es bleibt nur das Häuschen, in dem ich wohnen werde, bis der Tod mich bei der Hand nimmt. Ihr aber geht mir hinein in das Leben. Ihr seid jung, stark. Ihr werdet verwinden, vergessen. Ich bete zu Gott, er gebe Euch das, was ich Narr nie als das Höchste auf Erden erkennen wollte:

Das eigene Glück!

Gott behüte und beschütze Euch!

Euer Vater.“

Renate las den Brief und weinte nicht. Sie wußte, daß ihr Vater Wort halten und nicht das Schrecklichste tun würde. Um ihretwillen. Um ihr das neue Leben durch bitteres Leid nicht zu versperren.

Dann trat sie vor Milan hin und sagte:

„Erinnerst du dich, was du mir damals im Tiergarten sagtest — das vom eigenen Leben! Du hast Recht behalten, Liebster.“

Er hatte sich längst seinen geliebten Neunzigpferdigen geholt, der wie ein Wunder in jener Nacht unversehrt geblieben war.

In ihn setzte er Renate und fuhr mit ihr südwärts, seiner Heimat zu. Den Hermann, der ihn ansah wie ein treuer Hund — den nahm er mit.

„Dort unten,“ lachte er ihr zu, „habe ich ein altes Haus mit Wald und Feld dazu. Verfallen ist das Haus, verwildert der Wald, verödet das Feld. Aber mein ist das — mein, Renate!

Dort wollen wir arbeiten, du und ich. Nicht für die anderen, nicht für die Welt, nicht für hohe Ideale — — —

Für uns, geliebtes Weib! Für uns!“

Da schmiegte sie sich an ihn, innig, rauschende Glückseligkeit im Herzen.

Und so fanften sie durch den grauenden Morgen der Sonne entgegen.

Ende.

Als nächsten Roman

haben wir

„Die dreizehnte Fee“

von **Mervarid**

erworben.

Er behandelt in spannender Darstellung den tragischen Kampf zweier Schwestern, die sich trotz des Elends ihres Künstlerlebens zu behaupten wissen. In der psychologischen Führung des Romans werden unsere Leser, d. h. noch mehr unsere Leserinnen, unschwer erkennen, daß unter dem Namen „Mervarid“ eine Frau mit durchdringender Kenntnis der Frauenseele die Feder geführt hat.

Bevor wir indessen mit dem Abdruck des genannten umfangreichen Romans beginnen, seien zunächst

zwei kürzere Erzählungen

heimatlicher Schriftsteller eingefügt.

Es sind dies: die gemütsfrohe und launige Dorfgeschichte

„Das Granatherz“

von **Hermine Maier-Heuser**

und die Malerhumoreske

„Die Flucht in die Ehe“

von **Hans Drollinger.**

Der Verfasser der gutartigen Satire auf das Bohemetum scheint sich in bestimmten Künstlerkreisen sehr gut auszukennen, denn man meint, der unter dem Namen Hans Drollinger schreibende Karlsruher Autor habe da und dort nach Modellen gezeichnet, denen man irgendwie schon begegnet ist! In jedem Fall wird man laut auflachen, wenn die böse Geschichte doch noch gut ausgeht, wie es einer richtigen Humoreske ja gemäß ist.